

Der politische Bankrott

des Z.K.

Es ~~ist~~ <sup>ist</sup> die gewöhnlichste, die vulgärste Ansicht ~~der~~ Spiesser, nicht nur kleinbürgerlichen Späasser, sondern auch der Spiesser innerhalb der Arbeiterklasse: "Die Führer haben sich zerzankt, es geht der Kampf um die Macht" Eine solche Fragestellung ist schon deshalb unrichtig, weil sie allzu einfach ist. Es ~~ist~~ auch ganz natürlich, wenn eine Gruppe innerhalb unserer Partei oder innerhalb unseres Z.K. der Ansicht ist, dass sie recht hat, die andere Gruppe dagegen, dass die erste Gruppe sich irre, wenn die eine Gruppe i h r e politische Linie, die andere Gruppierung wiederum ~~mmm~~ i h r e für richtig hält - dass dann ein~~x~~ innerparteilicher Kampf entsteht, da ja die Eroberung der Mehrheit in den früheren Organen unserer Partei eine der G a r a n -  
t i e n d e r D u r c h f ü h r u n g d i e s e r o d e r j e n e r  
P o l i t i k <sup>r</sup> d a s t e l l t. Wer das Leben der Partei auch nur ein wenig ver-  
steht ~~der~~ versteht auch, dass man um die Mehrheit kämpfen muss, wenn man die  
Durchführung der für richtig gehaltenen Politik sichern will. Um das Problem  
in~~einem~~ Wesen zu lösen muss man die Aufmerksamkeit der Beurteilung der Frage  
widmen, ob die politische Linie richtig oder unrichtig ist, d.h. man~~x~~ muss eine  
Reihe von p o l i t i s c h e n F r a g e n erörtern, die im K e r n -  
p u n k t d e r D i f f e r e n z e n l i e g e n.

Aus dem Referat des Genossen Bucharin über die Ergebnisse des  
14. Parteitages der K.P.S.U. gehalten in der funktionärenversammlung der Mos-  
kauer Parteiorganisation am 5. Jänner 1926. Siehe Imprekor Nr. 15 vom 22. I. 1926  
Seite 199.

#### Die Offensive der Bourgeoisie gegen den M i e t e r s c h u t z.

Im Herbste 1925 begann die Bourgeoisie eine gross angelegte Offensive  
gegen den Mieterschutz mit dem Ziele das Anforderungs~~gesetz~~ <sup>gesetz</sup> ~~zu beseitigen~~ und den  
Mieterschutz überhaupt zu beseitigen und den 6.000 fachen Friedenszins durch-  
zusetzen. Das Z.K. blieb demgegenüber vollkommen p a s s i v. Obwohl nicht nur  
einzelne Genossen, sondern ganze Organisationen verlangten, die Partei solle  
sich nicht mit blossen Artikeln in der R.F. begnügen sondern in die Masse  
gehen ( Siehe R.F. 24. IX. 1925 Resolution Wien Döbling: "Die Bezirksorganisa-  
tion erwartet, dass die Zentrale nicht nur Artikel in der R.F. veröffentlicht  
sondern eine wirkliche, <sup>k</sup>organisierte Kampagne für den Mieterschutz unternimmt")  
beschränkt das Z.K. den Kampf der Partei um den Mieterschutz im ~~W~~esentlichen  
auf Artikel in der R.F. sich um die Massen nicht kümmernd.

Die SP war ausserordentlich aktiv. Am 22. XI. 1925 mobilisierte sie die  
Massen in 200 Versammlungen, gleich darauf am 4. XII. organisierte sie einen



Versammlungsturm von 451 Massenversammlungen. Das Z.K. begnügte sich dem- gegenüber bis zum 4.XII., wieder nur mit Artikeln in der R.F., nannte die Aktion der S.P. "Theaterdonner" (R.F. 4.XII.) blieb aber selbst vollkommen passiv. Das Z.K. tat nichts die Massen zum Kampf aufzurütteln, es ging nicht in die Massen, nicht mit Versammlungen, nicht einmal mit einer Zettelkampagne.

Erst nachdem die S.P. am 22.XI. u. 4.XII. vorangegangen, <sup>nun</sup> ~~da~~ nach-  
hinkend (Schwanzpolitik)! entfaltete das Z.K. folgende:-  
"Aktivität". Am 5.XII. Konferenz der Bezirksobleute und Mieterschutzreferenten mit der Tagesordnung: "Die Parteiaktion für den Mieterschutz." Worin bestand die Parteiaktion? Darin, dass am 7.XII. in der R.F. angekündigt wurde: "Zentrales Thema der Gruppenabende in dieser Woche: Unsere konkreten Aufgaben den Kampf um den Mieterschutz".....

Dann kam am 11.XII. eine Wiener Funktionärenkonferenz, die als zweiten Punkt der Tagesordnung hatte: "Unsere Aufgaben im Mieterkampf" und schlies-  
slich folgte ~~man~~ sage und schreiben eine Versammlung (in der Leopoldstadt) am - nun am 18.XII. Damit war die Partei "aktion" aus. Von jetzt ab ~~gab~~ es wieder nur Artikel. Alle 14 Tage wiederholt die R.F.: Wo bleibt die Obstruktion der S.P.? (20.XII.) Also doch keine Obstruktion! (29.XII.) Die Sozialdemokraten verzichteten auf die Obstruktion. (29.XII.) Nicht die leiseste Obstruktion! (5.XII.) Das rief, da das Z.K. selbst <sup>in</sup> (aktiv ~~war~~ blieb, den lächerlichsten Eindruck hervor..... 4 Monate später berief das Z.K. die Mieterreferenten zusammen (13.VI.) und weitere 3 Monate später (15.IX.) rief es die Mietervertrauensmänner zusammen. Das war während der 12 Monate der Kampf des Z.K. um den Mieterschutz. Obwohl die Opposition unausgesetzt drängte, liess die Zentrale ~~man~~ <sup>die</sup> Partei nicht in und vor die Massen. Eine wahre Furcht vor den Massen steckt diesem Z.K. in den Gliedern: statt die Massen zum Kampf aufzupeitschen, überlässt das Z.K. die Massen sich selbst, und - der Sozialdemokratie. Vollkommene Passivität ist das Kennzeichen der Politik des Z.K. gegenüber der Mieterschutzoffensive der Bourgeoisie. Soweit das Z.K. zu keiner "Aktivität" überging (diese Aktivität ist Scheinaktivität, ist Inzuchtpolitik, weil sie den Rahmen der Partei nicht überschreitet, sondern sich erschöpft in dem berühmten "Zentralen Thema dieser Woche" und diversen Konferenzen), so ist selbst bei dieser Scheinaktivität die Zentrale nachgehinkt, nachgehinkt den Ereignissen, nachgehinkt der S.P. Erst als die S.P. sich gerührt hatte, nämlich erst nach dem 4.XII. "rührte" sich das Z.K. Schwanzpolitik reinsten Wassers! Das Z.K.

überliess die ~~Kommunisten~~ <sup>aktive</sup> Initiative der S.P., wartete ab was die S.P. tut, um dann zu überlegen was die K.P. tun solle. So ist es durch die Schuld der Z.K. gekommen, dass die Partei in einer der schärfsten Offensiven, die die Bourgeoisie gegen das Proletariat geführt hat, die Massen völlig in Stich gelassen hat.

Das Verschulden des Z.K. ist da ungeheuer gross. Es ist umso grösser, als die Opposition unausgesetzt zu einer ~~Initiativen~~ <sup>aktiven</sup> Aktivität gedrängt hat und unter der Losung heran an die Massen, ~~heran~~ <sup>in</sup> und vor die Massen, immer wieder verlangt hat, die Partei müsse die Massen zum Kampf aufrütteln, mobilisieren. Die Antwort des Z.K. war: statt aktiv den Kampf aufzunehmen gegen die Bourgeoisie, nahm das Z.K. den Kampf auf gegen die Opposition und beschimpfte und beschimpft sie als Giftmischer, Defaitisten, Fraktionisten. Um seine Passivität zu verdecken, versuchte das Z.K. den Trick, die Opposition mit ihrer Kritik, mit ihrem Drängen sei schuld, dass das Z.K. zum Kampf gegen die Mieterschutzoffensive nicht komme. Also zur Passivität und Schwanzpolitik noch das Irreführen der Mitglieder - schaft !

#### Die Offensive der Bourgeoisie mittel<sup>st</sup> der Arbeitslosigkeit.

Im Oktober 1925 begann die Arbeitslosigkeit gewaltig zu steigen: Von Mitte Oktober bis Mitte Nov. wächst die Zahl der Arbeitslosen um 20.000. Die S.P. macht Ende Nov. und anfangs Dez. im Zusammenhang mit dem Kampf um den Mieterschutz 2 riesige Versammlungskampagnen für die Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung ohne jede Verschlechterung. Das Z.K. blieb passiv, liess die Partei passiv und dachte nicht daran die Massen aufzurütteln. Alles Drängen der Opposition zur Aktivität waren vergebens.

Bis Ende Dez. stieg die Zahl der Arbeitslosen in Wien allein um weitere 23.000. Am Jahresende 1925 gab es in Oesterreich 327.000 Arbeitslose, eine noch nie erreichte Zahl. Das Z.K. verharrte trotz Drängens der Opposition weiter in Passivität.

Die Arbeitslosigkeit stieg weiter. In Wien allein nahm die Zahl der Arbeitslosen im Jänner um 8.000 zu. Selbst die S.P. Führer sahen sich jetzt gezwungen, irgend etwas zu machen. Am 7. Jänner kamen sie mit ihrem Wirtschaftsprogramm, das zugespitzt war auf den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Am 22. Jänner richtete die S.P. ihre 14 Fragen an die Regierung.

Das Z.K. beschränkte sich durch lange Wochen auf Kritik in der "Roten Fahne" und liess die Partei wieder nicht in die Massen gehen. "Zentrales

Thema dieser Woche in den Ortsgruppen : der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit", darin erschöpfte sich die ganze "Aktivität" des Z.K. .... Das heisst Vortragsabende in den Ortsgruppen über die Arbeitslosigkeit ... Das war der Kampf der Z.K. gegen die Arbeitslosigkeit. Das Z.K. tat nichts das Geringste, um durch Massendruck die S.P. Führer zu zwingen, etwas ernstes auch nur für ihre sozial - demokratischen Forderungen zu tun. Die drängende Opposition wurde vom Z.K. als Giftmischer, Defaitisten Fraktionisten bezeichnet.

Anfangs Feber hörte die Zunahme der Arbeitslosigkeit auf. Die Zahl der Arbeitslosen begann abzubrockeln. Da erst, erst als die Zahl der Arbeitslosen zu sinken begann u. zw. e i n e n v o l l e n M o n a t h i n t e r d e r S. P. n a c h h i n k e n d ( S c h w a n z p o l i t i k ! kam das Z.K. am 3. Feber mit dem Kampfprogramm der Arbeitslosen und am 7. Feber mit den Forderungen der K.P. zur Wirtschaftskrise, die als Gegenprogramm zum Wirtschaftsprogramm gedacht waren, das die S.P. am 7. Jänner herausgegeben hatte.

Wir sehen also: Zuerst durch 4 Monate (Oktober November, Dezember, Jänner), v o l l k o m m e n e P a s s i v i t ä t b e i s t e i g e n d e r A r b e i t s l o s i g k e i t, v o l l k o m m e n e P a s s i v i t ä t s o g a r i m J ä n n e r a u f d e m H ö h e p u n k t d e r A r b e i t s l o s i g k e i t, v o l l k o m m e n e P a s s i v i t ä t s o g a r ä l s d i e S. P. s i c h b e m ü s s i g t f ü h l t e e t w a s z u t u n. Dann erst, n a c h d e m die S.P. endlich, wenn auch nur zum Schein, etwas getan hatte ( A. Z. 7. Jänner und 22. Jänner) Da erst, nicht nur den Ereignissen sondern selbst der S.P. nachhinkend und auch erst nachdem die Arbeitslosigkeit abzubrockeln begann, da erst kam das Z.K. mit seinen Forderungen zur Wirtschaftskrise. (R.F. 7. II.)

Und was hat das Z.K. dann gemacht? Was ~~hat~~ das Z.K. mit diesen seinen Forderungen zur Wirtschaftskrise getan? Ist es damit in die Massen gegangen? Nun, das Z.K. hat den Antrag der Opposition, die Forderungen zur Wirtschaftskrise als Aufruf an die Massen zu richten und damit in die Massen zu gehen, eine Kampagne in den Massen dafür einzuleiten a b g e l e h n t ! Das Z.K. ist nicht in die Massen gegangen, hat die Massen nicht aufgerüttelt, sondern das Z.K. hat die Forderungen - in der Kanzlei der Arbeiterkammer niedergelegt und hat trotz des Drängens der Opposition v ä l l e 10 W o c h e n v o l l k o m m e n p a s s i v g e w a r t e t, b i s d e r M e n s c h e n w i k i s c h e K a m m e r v o r s t a n d a m 18. A p r i l g e r u h t e S t e l l u n g z u n e h m e n m i t

*Begrüßung*  
dem Antrage und Beschluss : Zuweisung an den Kammervorstand, das heisst)  
4. Klasse, welcher Antrag sang - und klanglos angenommen wurde. Die Opposition drängte: vorwärts, hinein in die Massen, Massendruck auf den Arbeiterkammervorstand, auf die Arbeiterkammer. Das Z.K. rührte sich nicht. Hier hat das Z.K. <sup>einen</sup> typischen rechten Fehler in der Anwendung der Einheitsfronttaktik gemacht nämlich: Forderungen an die sozialdemokratischen Spitzen richten ohne Massendruck.

Die Ultralinke besteht in einer glänzenden Geste und dann in voller Tatenlosigkeit, sie charakterisiert treffen<sup>9</sup> vor kurzer Zeit Lo-minadse den Ultralinken Menschewismus. Wie richtig das ist, zeigt das Beispiel der österreichischen Ableger des ultralinken Menschewismus ! Infolge dieser Passivität konnte auch die Losung "Staatsgarantie für den Aussenhandel mit der Sowjetunion" nicht einschlagen. Es genügt nicht für diese Losung - und es gilt für jede andere Losung - Artikel in der Roten Fahne zu schreiben, sondern die Partei muss als Partei für ihre Losungen wirklich in die Massen gehen.

Es ist eine ganz merkwürdige Auffassung über die Parteiaktivität, die unser Z.K. hat. Das Z.K. glaubt, es genüge Artikel in der "Roten Fahne" zu schreiben, das andere müssten die Mitglieder machen, die entsprechend den Artikeln der "R.F." und entsprechend sonstiger Weisungen der Zentrale in den Betrieben, Gewerkschaften, sonstigen Massenorganisationen und überall wohin sie kommen, die Losungen der Partei vertreten sollen. Die Aktivität der einzelnen Mitglieder ist selbstverständlich ein Teil, und zwar ein unumgänglich notwendiger Teil der Parteiaktivität, aber doch nur, ein Teil. In einem Artikel zur Konstituierenden Sitzung der Arbeiterkammer schrieb die "R.F." am 17. Juli 1926 : "Aber der Kontakt mit den Massen ist keine organisatorische Frage, ist nicht die Kunst bestimmte Formen zu wahren. Dieser Kontakt hat zur Voraussetzung, dass die Arbeiterkammer einen weithin sichtbaren und vor allem konkret fühlbaren Kampf um die Tagesfragen der Arbeiterklasse aufnimmt und energisch führt...." - "Sehr gut ! Vorzüglich ! Ausgezeichnet ! Aber wie wäre es, wenn das Z.K. diese Lehre, die es da mit Recht der Arbeiterkammer erteilt, einmal selbst befolgen würde ! Unter dem Drucke der von der K.P. mobilisierten Massen müssen die Menschewiken in der Arbeiterkammer (und auch in den andern Institutionen) Beine bekommen, die blosser Belehrung prallt an den Mensche-

wikischen Ohren ab. Das besagt: die Partei muss jedesmal, natürlich im geeigneten Zeitpunkt und jedesmal in der geeigneten Form (es gibt dafür die vielfältigsten Formen und es ist ein Stück der Kunst der Führung immer wieder geeignete Formen zu finden) als P a r t e i in die Masse und vor die Masse zu treten. Erst das wechselseitige einander in die Händearbeiten der Partei und der einzelnen Kommunisten schafft die Partei - Aktivität. <sup>(Sie</sup> Initiative muss da in erster Linie vom Z.K. ausgehen.

Das unausgesetzte Drängen der Opposition nötigte das Z.K. nach 12 monatiger Passivität nun doch endlich einige Schritte in die Masse zu machen ( 2 Versammlungen zum Zentralbankskandal, wobei das Z.K. allerdings seiner gewohnten Schwanzpolitik folgend, um Wochen nachhinkte). Aber es handelt sich da nicht um einen ersten Versuch die Massen wirklich aufzurütteln, denn sonst hätte das Z.K. den Zentralbankskandal zum Ausgangspunkt einer grossen Aufrüttelungskampagne machen müssen. Sondern es handelt sich um den Versuch das Z.K. eben nur so viel zu machen, dass in der Mitgliedschaft d e r S c h e i n hervorgerufen würde als wolle <sup>er</sup> die Massen aufrütteln.

Seit Anfangs Feber 1926 begann die Arbeitslosigkeit abzubauen. Mitte Mai z.B. war die Zahl der Arbeitslosen um einige 10000 gesunken (freilich waren das noch immer um 35.000 Arbeitslose mehr als ein Jahr vorher um dieselbe Zeit). Infolge der andauernden Passivität des Z.K. kam schliesslich eine solche Stimmung über und in die Arbeitslosen, dass verschiedene Projektmacher die Zeit gekommen sahen sich an die Arbeitslosen heranzumachen. In der zweiten Hälfte April begann der sozialdemokratische Landeskulturrat Wagner mit einem Projekt "K o l o n i e n i n d e r H e i m a t" hervorzutreten. Das Z.K. liess ihn zunächst einmal volle 3 Wochen, ohne mit einem Wort Stellung zu nehmen, widerstandslos zu gewähren. So konnte der Mann durch volle 3 Wochen, ohne den geringsten ideologischen Widerstand seitens des Z.K. zu finden die Köpfe der Verzwifelten Arbeitslosen mit einer verführerischen Idee bearbeiten. Dann erst, nachdem Wagner ideologisch bereits breiten Boden unter den Arbeitslosen gewonnen hatte, dann erst kam das Z.K. mit seiner Stellungnahme. S o h w a n z p o l i t i k, reinsten Wassers.

Aber wenn das Z.K. jetzt, wenn auch verspätet, so wenigstens richtig eingegriffen hätte, so hätte es der Partei noch immer den Einfluss auf die Arbeitslosen sichern, ihn verbreiten <sup>zu</sup> und die irregeführten Arbeitslosen auf dem Weg des Klassenkampfes zurückleiten können. Aber

die Stellungnahme des Z.K. hinkte nicht nur 3 volle kostbare Wochen nach, sondern war auch faktisch überaus unglücklich. Selbstverständlich<sup>d)</sup> musste sich das Z.K. mit konzentrierter Wucht gegen den Schwindel wenden, als ob das Projekt "Kolonien in der Heimat" auch nur im geringsten eine Lösung des Arbeitslosenproblems herbeiführen könnte. Infolge der 3 wöchent<sup>igen</sup>lichen Passivität des Z.K. war es aber dem Wagner bereits gelungen breite Schichten der Arbeitslosen mit Illusionen zu erfüllen. Auf diese Tatsache musste das Z.K. taktisch Rücksicht nehmen. Die Frage, dass das Wagner Projekt einigen Hundert vielleicht auch einige Tausend Arbeitslosen, ein sehr, sehr kümmerliches Dasein ermöglichen könnte, diese Frage die gewiss eine Nebenfrage ist, durfte das Z.K. nicht verneinen, auch nicht übergehen. Im Gegenteil, das Z.K. hätte bei der gegebenen Lage betonen müssen, dass die Komm. Partei auch die kleinste Erleichterung für die Arbeitslosen nicht zurückweise, sondern unterstütze. Das Z.K. tat das Gegenteil davon und schütete das Kind mit dem Bade aus: Das Z.K. verwarf das Wagner Projekt in Pausch und Bogen. (Siehe seine erste Stellungnahme in den Rathausversammlung am 18. Mai, wo Gen. Haas den Standpunkt des Z.K. vor der Arbeitslosen Massenversammlung zu vertreten hatte. Die Wirkung war niederschmetternd. Die 6.000 Arbeitslosen beschlossen der Kommunistischen Partei das Misstrauen auszusprechen, wenn sie diese Stellungnahme weiter beibehalten werden, die der Redner<sup>der</sup> Komm. Zentrale da vorgetragen hatte! Sollte es wahr sein, was ganz unglaublich ist, dass das Z.K. in jene so wichtige Versammlung die Komm. Fraktion der Arbeitslosen ohne ~~Linie~~ Linie ohne Direktive hingehen liess, so wäre das noch ärger. Denn falsche Linie geben d.h. irren oder Unfähigkeit beweisen; keine Linie aber geben in solcher Lage, heisst verbrecherischen Leichtsinns.) Wie immer dem sein mag, am Tage darauf, am 19. Mai veröffentlichte die R.F. eine Stellungnahme, die im Wesentlichen der Stellungnahme des Zentralreferenten in der Rathausversammlung entsprach. Seit Kriegsende durch volle 7 Jahre hatte die Komm. Partei durch alle Fehler und Schwächen hindurch die unbestrittene Führung der Arbeitslosen. Durch die Passivität des Z.K. einerseits<sup>andererseits</sup>, durch die<sup>seine</sup> scheinradikale, echt ultralinke, sektäre<sup>2)</sup>ische Einstellung, welche die breiten Massen von der Partei abstösste<sup>1)</sup> und fern~~XX~~ hält~~XX~~, hat die Partei den Einfluss selbst auf die Arbeitslosen verloren, also auf jenen Teil des



Proletariats der uns am zugänglichsten ist. So tief ist der Einfluss der Partei auf die Arbeitslosen gesunken, dass ein Projektmacher breite Massen der Arbeitslosen bis <sup>zur</sup> ~~zur~~ Misstrauensdrohung gegen die Komm. Partei verführen konnte! So heruntergebracht hat die Partei der politischen Bankrott des Z.K.!

Als die Opposition gleich bei Beginn der Kampagne des Wagner konkret die richtige Stellungnahme empfahl, (insbesondere Gen. Markus hat auf die Tragweite der Sache hingewiesen und ununterbrochen die Stellungnahme des Z.K. gefordert) - Da regnete es wieder Beschimpfungen wie Nörgler, Fraktionisten, Menschewiken, die Stellungnahme des Z.K. sei absolut richtig usw. Unter dem Druck ~~der~~ der oppositionellen Kritik begann sich das Z.K. nach 2 Monaten langsam (die Mitgliedschaft sollte den Standpunktwechsel nicht merken), umzustellen und übernahm schliesslich glatt den Standpunkt der Opposition. (Siehe R.F. vom 20.VII. 23.VII.28. VII.26.VIII. und schliesslich vom 16.IX. und 22.IX. Seite 3 gelegentlich der Aktion des Reichsverbandes der Heimatkolonisten, die zur Besetzung der Oberau führte. Eine Aktion, welche neuerlich die Passivität, Schwanzpolitik und Schaukelpolitik der Z.K. wie ein Blitz beleuchtete. Als die Oberauaktion losging, kümmerte sich das Z.K. nicht um die handelnden Arbeitslosen. Am 16.IX. ~~Seite 3~~ Seite 3 Spalte 2, heisst <sup>es</sup> in der R.F.: "Es ~~es~~ <sup>kann</sup> durch eine Kolonisierung nicht im entferntesten die Arbeitslosenfrage gelöst werden, sondern, ~~höchstens~~ höchstens einigen hundert Arbeitslosen Beschäftigung verschaffen <sup>+</sup> werden, aber auch diesen einigen Hundert muss geholfen werden ...." Wer das im April, Mai, Juni aussprach war..... Nörgler, Giftmischer, Fraktionist, Menschewik! Der Prozess der "Übernahme" <sup>des</sup> des oppositionellen Standpunktes dauerte 2 Monate, damit die Mitgliedschaft ja nichts merke. Hatte das Z.K. durch seine Passivität dem Projektmacher Wagner ermöglicht, zunächst ideologisch Einfluss auf die Arbeitslosen zu gewinnen, so gab ihm das Z.K. auf diese Weise genügend Zeit diesen Einfluss organisatorisch so zu festigen, dass breite Kreise der Arbeitslosen dadurch der Komm. Partei entzogen sind. (Gründung und Verbreitung des unter Führer Wagner stehenden Reichsverbandes der Kolonisten, der bereits mehrere tausend Mitglieder zählt.)

Schon bei Vorbereitung des 8. Parteitages haben wir im grossen Stille gesehen, wie das gegenwärtige Z.K. hinter dem Rücken der Partei den Standpunkt der Opposition in den <sup>ent</sup> ~~sch~~cheidenden Fragen übernommen und dann einfach erklärt, die Opposition habe politisch nichts zu sagen, der

beste Beweis, dass sie nur persönliche Zwecke verfolgen ..... Diese "Taktik", die damals die grossen Massen der Mitgliedschaft nicht durchschauten, setzt das Z.K. auch heute fort, ängstlich bemüht, dass die Mitglieder auch weiter nichts merken. Das Z.K. korrigiert einen einmal eingenommenen Standpunkt so, als ob nichts geschehen wäre und tut so, als ob es diesen Standpunkt von allem Anfang an eingenommen hätte. Bei kleinen Fragen ist das eine durchaus zulässige und unschädliche Methode. Bei wichtigen Politischen Fragen ist das ausserordentlich schädlich. Wenn das Z.K. in wichtigen politischen und taktischen Fragen geirrt hat, so muss es die Korrektur offen vollziehen: Offen vor der Mitgliedschaft, weil sonst die Mitglieder verwirrt werden. Offen vor den Massen, weil sonst die Massen das Vertrauen verlieren, bzw. zur Politik der Partei kein Vertrauen gewinnen können, denn sie sehen, dass die Partei die politische Festigkeit, die Konsequenz fehlt, sie sehen, dass die Partei in einer Sache heute den, morgen den entgegengesetzten Standpunkt einnimmt, ohne dass die Partei den Massen auseinander setzt, warum sie ihren Standpunkt in einer bestimmten Frage geändert hat. Die Opposition beharrt nicht darauf, das Z.K. müsse sagen, dass es den Standpunkt der Opposition übernehme, obwohl das von Standpunkt gesunder innerer Parteiverhältnisse sicher gut wäre, soweit es sich um wichtige Fragen handelt. Die Opposition ist nicht eitel und selbstgefällig; aber die Opposition muss darauf beharren, dass das Z.K. in wichtigen Fragen offen mit den Mitgliedern und offen vor den Massen die Fehler korrigiere, weil das Interesse der Partei selbst das fordert. Die Partei muss, wenn sie in wichtigen Fragen geirrt hat, offen sagen, erstens, dass sie ihren Standpunkt ändere und zweitens begründen warum sie ihren Standpunkt ändere. Die gegenteilige Methode erzeugt jene Schaukelpolitik, die wir seit Jahren und Tag mitmachen, womit bei den Massen kein Vertrauen zu gewinnen ist.

Das Z.K. hat den Kampf der Arbeitslosen nicht verknüpft mit dem Kampf der Betriebsarbeiter. Am schärfsten tritt das zu Tage am 16. Juni. Wir finden da in der "R.F." einen Aufruf zu einer (endlich ! ) Aktion, einen Aufruf, der sich aber nur an die Arbeitslosen wendet, ohne den geringsten Versuch die Betriebsarbeiter in die Aktion zuzuziehen (Der Aufruf ist vom Aktionskomitee gezeichnet, es ist jedoch klar, dass die Politik dieses Komitees von der Komm. Fraktion darin beeinflusst werden müsste.) Das geschah an demselben Tage, an dem die S.P. die Arbeitslosen



und die Betriebsarbeiter zu einer mächtigen Demonstration vor allem für die Arbeitslosen-Interesse<sub>n</sub> unter der Zentralen Losung "Weg mit der wortbrüchigen Regierung!" auf die Strasse rief ... -----

Angesichts der Passivität des Z.K. hat die Komm.Fraktion der Arbeitslosen Holzarbeiter den Versuch unternommen, der Partei den Weg zur Aktivität unter den Arbeitslosen zu bahnen: die Komm.Fraktion der Arbeitslosen Holzarbeiter hat einen Entwurf eines Aktionsprogramms der Arbeitslosen ausgearbeitet und der Zentrale unterbreitet. Statt den Entwurf zu verbessern und den verbesserten Entwurf zum Ausgangspunkt einer Kampagne zu machen, sah das Z.K. hier nur eine erwünschte Gelegenheit einzelne Fehler des Aktionsprogramms herauszuklauben und dann einen interparteilichen Feldzug gegen einzelne Personen zu machen. Statt einer Aktion gegen die Arbeitslosigkeit wurde daraus eine Aktion ... gegen Stift und Thoma. Dazu ist mit aller Schärfe zu sagen: ein Kommunist, der aktiv ist oder den ernststen Willen zur Aktivität zeigt und dabei Fehler macht, ist tausendmal besser als ein Z.K., das passiv ist auch wenn es sonst gar keine Fehler begangen hätte. Die Passivität ist die schwerste Sünde! Es gibt keine Fehler für einen Kommunisten, für eine Komm.Partei der so schwer ist, wie politische Passivität. Der Resultat der Arbeitslosenpolitik des Z.K. ? die R.F. vom 23.IX. zeigt es : herrschaftsloser Anarchismus und Hackenkreuz haben unter den Arbeitslosen Boden gewonnen. Immer schwerer wird das Los der Arbeitslosen, jeder ~~man~~ rechnet mit der Zunahme der Arbeitslosenzahl, eine breite Linksströmung geht durch die arbeitslosen Massen, aber die Politik und die Taktik des Z.K. der K.P.Oe. bringt es zustande die linksgestellten arbeitslosen Massen (siehe Oberau Aktion) n a c h r e c h t s z u s t o s s e n !

#### Die Teuerungsoffensive der Bourgeoisie

##### Ihre Steuer - Zoll - Preis - Offensive.

Schlag auf Schlag geht seit dem Herbst 1925 die Teuerungsoffensive der Bourgeoisie vorwärts. Um nur die wichtigsten Punkte zu nennen: 14.Okt. Erhöhung der Getreidezölle; 20.Okt. Erhöhung der Eisenbahntarife ab 1.Jänner 1926 um 15%; im Nov. Erhöhung des Brotpreises, Preissteigerung überhaupt; im Dez.: der Lichtstrompreis wird erhöht, die Posttarife ~~man~~ ab 1.Jänner erhöht, im Jänner Erhöhung der Fleischpreise, Preissteigerung überhaupt; Verteuerung des Brotes, Herabsetzung des Brotgewichtes, Steuergeschenke an die Bourgeoisie ~~man~~ unter dem Titel Ersparungsprogramm, im Febr., März : Kleines Zollprogramm ;

im April : Erhöhung der Preise, neue Steuergeschenke an die Bourgeoisie, (Herabsetzung der Effekten-Umsatzsteuer, Ermässigung der Aktionemissions-Steuer-) , Verbreitung der Zolloffensive: grosses Zollprogramm (die Zölle auf fast alle Lebensmittel erhöht insbesondere auf Fleisch, Zucker, Getreide, aber auch auf Eisen und andere Industrieprodukte), Verteuerung der Semmeln; im Mai : Der Milchzoll tritt in die Kraft, die Fleischpreise steigen weiter, aus der Erhöhung der Eisenbahngütertarife allein zieht die Regierung 200 Milliarden; Juni, Juli, August: Herabsetzung der Champagnersteuer (im Laufe der ganzen Zeit wurden auch verschiedene die Bourgeoisie belastende Gemeindefiskalabgaben herabgesetzt. Fremdenzimmerabgabe, Lustbarkeitsabgabe usw.) Wachsende Teuerung, die sogar schon im amtlichen Schwindelindex zum Ausdruck kommt, neue Getränke-Steuer; im April : neuerliche Erhöhung der Post-Telephon - Telegraphengebühren.... Stoss auf Stoss geht die Teuerungsoffensive der Bourgeoisie vorwärts.

Was hat gegenüber der Teuerungsoffensive das Z.K. gemacht?

Das Z.K. liess die Offensivestösse die Bourgeoisie in der R.F. registrieren. Also Stellungnahme bloss auf dem ~~Presse~~ Papier? Nein, das Z.K. ist, man denke, sogar - in die Mitgliederschaft gegangen: "Zentrales Thema dieser Woche in den Ortsgruppen die Teuerung". Trotz des unausgesetzten Drängens der Opposition war das Z.K. nicht zu bewegen zum Kampf gegen die Teuerung als Partei in die Massen zu gehen. Das Z.K. hat die Massen nicht aufgerüttelt, nicht mobilisiert. (Jetzt nachdem die Bourgeoisie durch 12 Monate ohne Widerstand zu finden ihre Teuerungsoffensive vorwärts getrieben hat, jetzt nachdem <sup>die</sup> Entscheidung über die Steuer und Zollangriffe längst schon gefallen sind, jetzt macht das Z.K. eine Versammlung in Bruck a. Mur und eine Versammlung in Kapfenberg gegen Teuerung und Zollpolitik. Das ist alles, aber auch alles, was seit dem 8. Parteitag das Z.K. an Massenaufbrüttelung gegen die Teuerungsoffensiven geleistet hat.

Immer wieder hat die Opposition zum Kampf gegen die Steuer - Zoll - und Preisoffensiven der Bourgeoisie gedrängt. Nehmen wir z.B. die B i e r - s t e u e r. Als sie erhöht wurde, begnügte sich das Z.K. mit der blossen Registrierung ( R.F. 24. April 1926). Die Opposition verwies darauf, hier ist ein geeigneter Anknüpfungspunkt zu einer Kampagne (vor dem Kriege wurden gewaltige Demonstrationen gemacht wegen geringfügiger Erhöhung der Biersteuer). Das Z.K. vertrat den Standpunkt gegen die Biersteuer nicht aufzutreten, weil

die Partei auf dem Boden des Antialkoholismus steht ! Als Anfang Mai in der ersten Wiener Delegierten Konferenz ein Redner der Opposition auseinandersetzte, dass die Kommunistische Partei selbstverständlich gegen den Alkohol kämpfe, dass das aber kein Widerspruch sei, wenn wir gegen die Alkoholsteuer kämpfen, da wurde er vom Z.K. ---- a u s g e l a c h t !

Einige Monate später hat das Z.K. (Wieder hinter dem Rücken der Mitgliedschaft) vollkommen den Standpunkt der Opposition bezogen (siehe Rote Fahne 28. August, 2. Sept. 1926). Wieder ein Beispiel der Schaukelpolitik. Allerdings hat sich das Z.K. begnügt den Standpunkt der Opposition nur auf dem Papier zu beziehen, in der Praxis liess das Z.K. weiter die Partei völlig passiv, gegenüber der Biersteuer - Erhöhung aber auch gegenüber allen Steuerpreis und Zollvorstössen der Bourgeoisie. Das Z.K. registrierte auf dem Papier ( in der Roten Fahne ) , ansonsten überliess es die Massen sich selbst zum Gaudium der Bourgeoisie, die ihre Teuerungsoffensive weiter vortreiben konnten, zum Gaudium der S.P. Führer die sich weiter leisten konnten passiv zu sein oder durch Scheinaktivität die Massen zu täuschen. Denn die S.P.-Führer sind nur därt und nur soweit aktiv, als der Druck der Massen sie dazu zwingt. In welcher Weise der Druck der Massen wirklich zur Entfaltung kommt, das hängt ab von der politischen Initiative und Aktivität der Kommunistischen Partei. Die Passivität, die Schwanzpolitik, die Schaukelpolitik des Z.K. überhaupt zu machen es der Komm. Partei unmöglich einen wirksamen Druck auf die S.P. auszuüben. Die S.P. ist von links her vollkommen frei, entweder weil das Z.K. infolge seiner Passivität, bzw. Schwanzpolitik überhaupt nicht vorstösst, oder weil die wenigen Vorstösse die die Kommunistische Partei da und dort macht, infolge der ul-tralinken Politik des Z.K. nicht in die Flanke der S.P. stossen, sondern---

i n d i e L u f t !

Die Gesamtoffensive der Bourgeoisie: die Stellungnahme der K.P. zur Wirtschaftskrise.

Die Opposition hat immer wieder zur rechtzeitigen Stellungnahme und vor allem zu einer Kampagne, u. zw. <sup>u)</sup> zu einer rechtzeitig einsetzenden Kampagne gegen die Wirtschaftskrise gedrängt. Es ist der Opposition gelungen das Z.K. von einer ganzen Reihe schwerer Fehler abzuhalten. Im Wesentlichen aber wurden fast alle Vorschläge der Opposition abgelehnt.

3 der grössten Fehler des Z.K. gegenüber der Wirtschaftskrise wurden

bereits im Kapitel B (Arbeitslosigkeit) behandelt: zunächst einmal, Passivität und Schwanzpolitik. - Die gewaltige Verschärfung der Wirtschaftskrise begann im Oktober; Monatelang blieb das Z.K. trotz Drängens der Opposition ~~passiv~~ passiv. Auch als schon die S.P. mit ihrem Wirtschaftsprogramm hervortrat ( 7. Jänner ), kam das Z.K. erst am 7. Feber mit seiner Stellungnahme. Auch den dritten Fehler haben wir im Kapitel B bereits behandelt: nämlich das die Forderungen der Komm. Partei zur Wirtschaftskrise den sozialdemokratischen Spitzenorganen überreicht wurden ohne Massendruckentfaltung. Was eine schwere Rechtsabweichung in der Anwendung der Einheitsfronttaktik darstellt. Allein das Z.K. hat gegenüber der Wirtschaftskrise noch eine Reihe anderer schwerer Fehler begangen, über die nun gesprochen werden soll:

#### 1. Aufstellung überspitzter Lösungen.

Die Aufgabe der Komm. Partei in der gegenwärtigen Phase lautet: an die Massen heran. Als taktisches Mittel dazu dient uns die Einheitsfronttaktik, u. zw. vor allem die Einheitsfronttaktik von unten. Die taktische Hauptaufgabe, welche das Z.K. dabei zu leisten hat, ist : in jedem Moment, die den wirklichen Bedürfnissen der Massen entsprechenden Lösungen zu finden, solche Lösungen welche die Massen verstehen, solche Lösungen für welche Massen wirklich bereit sind zu kämpfen. Das Z.K. hat in den wichtigen Fällen das Gegenteil getan, u. zw. gerade bei der Aufstellung der Lösungen zur Wirtschaftskrise.

Wie war die Lage im Herbst, Winter, Frühjahr 1925/1926 ? Die Zahl der Arbeitslosen, Kurzarbeiter stieg von Tag zu Tag. Jeder Betriebsarbeiter zitterte um seine Stellung, die Arbeiter waren in der Defensive. Die Arbeitsstelle zu behaupten, das war den Betriebsarbeitern die Hauptsache, und den Arbeitslosen war die Hauptsache, wenn nicht schon Arbeit zu finden, so wenigstens die Arbeitslosenunterstützung zu behaupten. Nun das Z.K. hat bei dieser Lage Lösungen aufgestellt, für die die Massen nicht bereit waren kämpfen und für die sie zum Kampfe auch nicht gewonnen werden konnten. Der Opposition gelang es durchzusetzen, dass das Z.K. die ursprünglich aufgestellten Forderungen: Nationalisierung der Banken, Monopolisierung des Aussenhandels zurückzog, typische Endlösungen die eine Unmittelbare revolutionäre Situation voraussetzen. Trotz des Widerspruches der Opposition blieben aber in der Wirtschaftsforderungen als Aktionslösungen:

die Entschädigungslose, Enteignung stillgelegter und gedrosselter Betriebe, die Entschädigungslose Enteignung des Grossgrundbesitzes und dessen Aufteilung, Friedensreallöhne als unmittelbares Ziel des Lohnkampfes ( in jüngster Zeit ist auch die Losung des 6 Stunden Tages dazugekommen). Dagegen hat das Z.K. den Vorschlag der Opposition die Entschädigungslose Enteignung der Kirchenschätze u. Kirchengüter aufzunehmen -- a b g e l e h n t . Das ~~mm~~ sei, sagte das Z.K. eine ultralinke Losung ! Dafür begnügte sich das Z.K. schonungsvoll mit der "progressiven" Besteuerung der Kirchen und Klöster ~~??~~!!

3 Tage nach dieser Ablehnung wurde in Mexiko von einer bürgerlichen Rechtssozialdemokratischen Koalition der Kirche glatt enteignet..... Dennoch hat das Z.K. in der R.F. am 22. April trotz aller Kritik der Opposition die alte Stellungnahme wiederholt. Unter dem unausgesetzten Druck der Opposition musste schliesslich das Z.K. den Standpunkt der Opposition übernehmen. Es geschah dies viel zu spät, um noch halbwegs zu wirken und geschah natürlich hinter dem Rücken der Partei, und zwar sehr allmählich in Etappen, bis schliesslich in der R.F. am 31. Juli das Z.K. für die entschädigungslose Enteignung der Kirchenschätze und Kirchengüter eintrat. Am 7. Feb. so <sup>am</sup> 31. Juli anders: Schaukelpolitik.

Besonders krass ist die Schaukelpolitik des Z.K. bei der Losung des Friedensreallohnes zutage getreten. Ende Jänner wurde der Vorschlag der Opposition nicht die Losung Friedensreallöhne aufzustellen, sondern die Losung "Erhöhung des Reallohnes" ausdrücklich a b g e l e h n t u. zwar mit der Begründung, es müsse eine so grosse Erhöhung der Löhne gefordert werden, <sup>damit</sup> dass dadurch die Konsumkraft der Massen derart gesteigert werde, dass auf diese Weise eine ausgiebige Nachfrage und so in genügend grossem Umfange Absatz - und daher Beschäftigungsmöglichkeiten für Oesterreichs Industrie geschaffen würden. Darum wurde die Losung Friedensreallöhne aufgestellt, <sup>g</sup> Darum wurde die Losung Friedensreallöhne an die Spitze der Forderungen zur Wirtschaftskrise vom Z.K. aufgestellt, als Zentrallosung, als Zentralbalken des Systems von Wirtschaftsforderungen, das ~~das~~ das Z.K. gegen die Wirtschaftskrise aufstellte. Die Friedensreallohnlosung war vom Z.K. als das Hauptmittel gedacht und aufgestellt, womit die Linderung der Wirtschaftskrise herbeigeführt werden solle.

Folgendermassen sah die Schaukelpolitik aus die das Z.K. mit der Friedensreallohnung getrieben hat.

Am 7. Feber wurde die Losung formuliert "Friedensreallohn zur Hebung der Kaufkraft im Inland".

Am 10. Feber wurde ein eigener Artikel in der R.F. geschrieben, was diese Losung zu bedeuten hat ("Warum fordern wir Reallohn?"). Darin heisst es: "Um also den Kampf um die Wirtschaftskrise im Interesse der Arbeiterschaft mit Erfolg zu führen, fordern wir den Friedensreallohn als unmittelbares Ziel. In der gegenwärtigen Lohnpolitik". Hier sagt also das Z.K. ausdrücklich, es handelt sich nicht um die Friedensreallohnung als einer Losung für ein fernes Ziel, das uns nur als Richtziel diene, zu dem wir durch Etappen gelangen sollen, sondern der Friedensreallohn wurde da als unmittelbares Ziel gestellt. Der Widerspruch dieser Losung zur gegebenen Lage war aber so gross, sie stiess bei der Agitation auf solchen Widerspruch, dass dem Z.K. nichts anderes übrig blieb, als schliesslich den Standpunkt der Opposition zu beziehen. Selbstverständlich geschah dies hinter dem Rücken der Mitgliedschaft. Am 31. März nämlich wurde die Friedensreallohnlosung in der R.F. neuerlich interpretiert und jetzt nach 8 Wochen wurde gesagt die Friedensreallohnung sei nur als Rahmenforderung zu verstehen, es handle sich dabei nur um die "Tendenz" zum Friedensreallohn, die Kommunistische Partei könne im Rahmen dieser Lösung alle konkreten Lohnsätze im Vorschlag bringen. Mit anderen Worten, es wurde das Gegenteil von dem gesagt, was die R.F. am 10. Feb. gesagt hatte, und dennoch wurde einfach gesagt, das Z.K. habe den Standpunkt vom 31. ~~März~~ März von allem Anfang vertreten! Das Z.K. spekulierte einfach darauf, dass sich niemand mehr an dem Artikel in der R.F. vom 10. Feb. erinnern werde.

Das hat nicht gehindert, dass das Z.K. (durch Ries) am 18. April (siehe R.F. 20. IV) in der Arbeiterkammer ~~mit~~ wieder das Gegenteil erklären liess: "Der Friedensreallohn <sup>gilt</sup> ~~ging~~ für uns bloss als unmittelbares Ziel".

Nach dem 20. April hat das Z.K. dann wieder die Auslegung vom 31. März bezogen.

In neuester Zeit sehen wir wieder eine <sup>d)</sup> Wanlung nämlich die glatte Uebernahme des Standpunktes der Opposition, selbstverständlich hinter dem Rücken der Mitgliedschaft. Um die Umgruppierung zu verdecken, wird irgendwo noch das Wort fallen gelassen.

Friedensreallohn



Nehmen wir den Bericht der R.F. über Zieglers Stellungnahme in der Versammlung der Metallarbeiter des 16. und 17. Bezirkes. Hier finden wir kein Wort vom Friedensreallohn ( auch nicht als ~~Richtunggebendes~~ Ziel ! ) sondern einfach die Losung "Allgemeine Lohnerhöhung". Am 17. IX. maskiert das die Rote Fahne vorsichtig, indem sie im Leitartikel noch den Friedensreallohn erwähnt, was Ziegler nicht eingefallen ist. Am nächsten Tag dann brachte die R.F. sang- und klanglos ohne Kommentar Zieglers Losung, wo er die Losung der Opposition "Erhöhung der Reallöhne" als allgemeine Lohnerhöhung formuliert. Im Z.K., vor den kommunistischen Obmännern und den kommunistischen Vertrauensmännern vertrat Ziegler die ganze Zeit über bis jetzt die Friedensreal~~lohnung~~ <sup>lohnung</sup> ; dort wo er ausserhalb der Partei dafür einzutreten hat, hütet er sich den Unsinn vorzuschlagen, dort schlägt er einfach die Losung der Opposition vor. Ein Beispiel, dass auch Ziegler sich auf Schaukelpolitik versteht.

Das ist eine Schaukelpolitik, die sich sehen lassen kann. In ein und derselben Frage innerhalb von nicht ganz 3 Monaten viermal den Standpunkt in entgegengesetzter Richtung gewechselt !!! Wie soll da Vertrauen zur Politik der Partei bei den Massen entstehen? Wie soll Klarheit in den Köpfen der Mitgliedschaft entstehen, wenn die Partei ihre Zentrallosung wechselt wie die Unterhosen, ~~ohne den Mitgliedern zu sagen, dass sie die Zentrallosung ändert und warum sie das tut ? ! !~~ ohne den Mitgliedern zu sagen, dass sie die Zentrallosung ändert und warum sie das tut ? ! !

Zur Kritik der Friedensreallosung selbst muss folgendes gesagt werden : als unmittelbares Ziel ist die Losung bei der gegebenen Lage nicht zu halten. Die Bourgeoisie greift auf allen Punkten an, das Proletariat ist in der Verteidigung. 150.000 Arbeitslose jetzt, das doppelte im Winter, dazu mehr als 100.000 Kurzarbeiter. Friedensreallohn bedeutet für die meisten Kategorien sofortige Erhöhung um 40 bis 60%. Das als unmittelbare Kampflosung zu stellen heisst den Bogen weit überspannen. Für eine solche Losung sind die breiten Arbeitermassen nicht bereit zu kämpfen und nicht zum Kampfe zu gewinnen.

Aber auch als zur Richtung gebendes Ziel ist die Losung Friedensreallohn bei der gegebenen Lage nicht zu halten. Es gibt in Oesterreich verschiedene Kategorien von Arbeitern die den Friedensreallohn bereits erreicht und gar überstiegen haben z.B. die Bauhilfearbeiter. Diesen Ar-

beitern die Losung Friedensreallohn auch nur als Richtung gebendes Ziel gegeben, heisst ihnen mit dürren Worten sagen: Ihr dürft keine weitere Lohnforderung stellen ! (Während doch die Tatsache, dass ihre Bezüge die Friedensreallohne überstiegen haben, <sup>nicht beweist,</sup> dass es ihnen gut geht, sondern nur ~~W~~ widerspiegelt wie tief ihr Friedensreallohn gewesen ist). Die beste ~~Losung~~ Losung war und ist daher bei der gegebenen Lage "Erhöhung der Reallohne". Es ist dies die Losung die die Opposition vorgeschlagen und die das Z.K. abgelehnt hat. Es ist die Losung, die dann im April das erweiterte Ekki aufgestellt hat (siehe das Aktionsprogramm in den Gewerkschaftsthesen des Ekki Imprekor 68 von 5. Mai 1926 Seite 143: "Kampf für die Erhöhung des Realsarbeitslohnes"). Es ~~ist~~ ist die Losung, die die K.P.D. im August aufgestellt hat (siehe Resolution des Z.K. der K.P.D. Berliner R.F. von 9. August 1926: "Kampf für Lohnerhöhung") und auch die französische K.P. hat die Losung vor ~~Kurzem~~ folgendermassen formuliert: "Augmentation des salaires", das ist, "Erhöhung der Löhne" .....

Nicht aus der gegebenen Lage heraus ist das Z.K. zur Losung: Friedensreallohn als unmittelbares Ziel gekommen sondern aus der Logik eines wirtschaftlich ~~nicht~~ nicht durchdachten, widerspruchsvollen Wirtschaftsprogramms heraus. Der unmittelbare Friedensreallohn war der Tragbalken der Wirtschaftsforderungen vom 7. Feber, er war gedacht als das Mittel welches nach Auffassung des ~~W.K.K.~~ Z.K. die Voraussetzung schaffen sollte für reite Absatz - und Beschäftigungsmöglichkeiten der österreichischen Industrie und dadurch zur Linderung der österreichischen Wirtschaftskrise. Nachdem das Z.K. am 31. März die Zentrallosung des unmittelbaren Friedensallohnes fallen liess (freilich nicht offen sondern nur versteckt,) fiel t dem Tragbalken das ganze Gerüst der Wirtschaftsforderung vom 7. Feber sammen, da sich das Z.K. gar keine Mühe gab, diesen Tragbalken durch einen ndern zu ersetzen.

#### Ueberspitze Losungen und Einheitsfronttaktik.

Das Aufstellen überspitzer Losungen verhindert die erfolgreiche An- wendung der Einheitsfronttaktik, verhindert die Einheitsfronttaktik von ten und damit die Taktik der Einheitsfront überhaupt. Warum hat das Z.K. e Beschlüsse der erweiterten Exekutive vom Frühjahr 1926 über die Ein- itsfronttaktik und insbesondere über die Fehler bei der Anwendung der eitsfronttaktik nicht veröffentlicht ?! Warum hat es alle Stellen in



der Rede der Hauptreferenten über die Frage der Einheitsfronttaktik und über die Fehler bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik nicht veröffentlicht?! Warum hat das Z.K. die <sup>erweiterte</sup> Exekutive gerade in dieser Frage Sensuriert?! Weil es zumindest in der Praxis --- und in der Politik kommt es auf die Praxis an --- jene eigenartige Einstellung hatte und hat, jene Einstellung die man gemeiniglich die ultralinke nennt.

2. Völliges Verkennen des Wesens der österreichischen Wirtschaftskrise.

Worin besteht die Hauptursache der österreichischen Wirtschaftskrise? Darin, dass die österreichische Industrie für ihre Produktion nicht genügend Absatz findet, versteht sich profitablen Absatz. Der innere Markt ist zu klein, der ausländische Markt aber ist der österreichischen Industrie aus verschiedenen Gründen sehr wenig zugänglich. Die österreichische Krise ist also eine Absatzkrise. Wir, Kommunisten, wissen, dass die tiefste Wurzel auch der österreichischen Krise selbstverständlich in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung liegt und dass auch die österreichische Krise nicht wirklich überwunden werden kann ohne revolutionären Umsturz und Umwälzung des kapitalistischen Systems. Das sagen wir den Massen offen und sagen ihnen zugleich, dass unsere Forderungen zu der Wirtschaftskrise sich das Ziel stellen, <sup>die</sup> Wirtschaftskrise, zu deren voller Ueberwindung nur durch den Sturz des Kapitalismus gelangt werden kann, wenigstens zu lindern. Wenn wir also mit einem solchen Linderungsprogramm kommen --- und als ein solches sind die Forderungen der K.P. zur Wirtschaftskrise (vom 7. Feber 1926) gedacht, dann muss das System von Forderungen, das wir da vorgeschlagen, auch wirklich geeignet sein eine Linderung der Krise herbeizuführen. Ist das nicht der Fall, dann werden wir damit natürlich nicht an die Massen herankommen können, mehr noch, wir machen uns -- das ist der Politik das Gefährlichste --- wir machen uns lächerlich. Prüfen wir nun die Forderungen der <sup>K.P.</sup> zur Wirtschaftskrise (vom 7. II.) unter dem Gesichtspunkt, ob dieses System von Forderungen in der Tat geeignet ist, eine Linderung der Wirtschaftskrise herbeizuführen.

a.) Da ist darin die Forderung "Erfassung des privaten und Bankkapitals, zum Zwecke von Zwangsinvestitionen in der österreichischen Industrie."

Die Frage was unter "Erfassung" gedacht ist, was die Massen sich dabei denken sollen, ob Enteignung oder Besteuerung oder sonstwas, diese nicht unwichtige und Klarheit heischende Frage, lassen wir beiseite, aber

was will die "Zwangsinvestition" in der österreichischen Industrie"? Offenbar soll durch Realisierung dieser Forderung Arbeitsmöglichkeit geschaffen werden. Nehmen wir die Forderung als durchgeführt an, so sind gewiss für den Moment Arbeitsmöglichkeiten geschaffen, Aber Arbeitsmöglichkeit um welchen Preis? Um den Preis, dass damit die Produktion bedeutend gesteigert wird! Aber die österreichische Industrie ist ja nicht im Stande ihre derzeitige Produktion abzusetzen, wie soll sie eine gesteigerte Produktion absetzen?! Wir sehen die Lösung entspringt einer oberflächlichen Analyse und zeigt einfölliges Verkennen des Wesens der österreichischen Wirtschaftskrise. Wer Mittel zur <sup>d</sup>Linderung der österreichischen Wirtschaftskrise vorschlagen will, muss solche Mitteln vorschlagen, die der österreichischen Industrie irgendwie die die Absatzmöglichkeiten vergrössern.

<sup>mit</sup>  
b) Nun auch ~~und~~ dieser Frage hat sich das Z.K. befasst und es hat ~~das~~ als Hauptmittel, als das Hauptmittel, als Zentrallosung an die Spitze gestellt, den "Friedensreallohn". Und eben deshalb damit diese Lösung <sup>dem</sup> ~~den~~ gedachte<sub>2</sub> Zweck entspreche, eben deshalb hat das Z.K. diese Lösung aufgestellt "als unmittelbares Ziel unserer Politik"! Das ist ausdrücklich in der ~~X~~ Beratung, die den Wirtschaftsforderungen vom 7. Feber vorangingen, hervorgehoben worden und gerade aus diesem Grunde wurde der Antrag der Opposition "Erhöhung der Reallöhne" als Lösung aufzustellen abgelehnt. Noch deutlicher geht <sup>das</sup> ~~es~~ aus dem Artikel der R.F. vom 10. Feb. hervor. ("Warum fordern wir den Reallohn?"), der gerade zu dem Zwecke geschrieben wurde, um mit aller Schärfe herauszuarbeiten, dass die Lösung Friedensreallohn in den Wirtschaftsforderungen vom 7. Feber als unmittel~~X~~bares Ziel aufgestellt wurde. Hier lassen wir alle andern Schwächen der Friedensreallohnlosung beiseite, sie wurde, an anderer Stelle behandelt. Hier wollen wir prüfen, ob die Friedensreallöhne geeignet sind die österreichische Wirtschaftskrise zu lindern. Nehmen wir an, es gelänge die gegenwärtigen Löhne auf die Höhe des Friedensreallohnes zu heben, d.h. um 40 bis 50% zu erhöhen, von den Arbeiterkategorien abgesehen, die den Friedensreallohn schon erreicht oder gar schon überschritten haben. Das würde ~~unum~~ zweifellos eine bedeutende, ja eine gewaltige Steigerung der Konsumkraft der Arbeiterklasse~~X~~ zur Folge haben. Dadurch würde wachsen: Die Nachfrage nach Lebensmitteln, nach Kleidern und

Wäsche, nach Wohnungseinrichtungen u. dgl. Dadurch würden wir heben: die Agrarprodukt<sup>o</sup>ion, die Nahrungsmittel - Industrie, die Bekleidungs - und Möbelindustrie. Nur in ziemlich weiter Ferne die Bauindustrie, die Metallindustrie, die Produktionsmittelindustrie. Nun hat die österreichische Wirtschaftskrise ihren Hauptherd gerade in der Metallindustrie; wer die österreichische Wirtschaftskrise lindern will, muss Absatzmöglichkeit schaffen vor allem für die Metallindustrie.

Die Erhöhung der Reallöhne trägt also mit bei, die Wirtschaftskrise zu lindern. Aber selbst wenn man diese Losung bis zum "Friedensreallohn" als unmittelbares Ziel "anspannt", so kann auch diese Losung nicht der Tragbalken eines Systems von Wirtschaftsforderungen sein, das zur Linderung der Wirtschaftskrise in Oesterreich führen soll, weil dieser Tragbalken das Zentrum der österreichischen Wirtschaftskrise, die Metallindustrie, fast gar nicht berührt.

c) Die Opposition hat an Stelle der überspitzten Friedensreallohnlosung die Losung der Erhöhung der Reallöhne vorgeschlagen. Sie hat die Friedensreallohnlosung aber nicht nur abgelehnt wegen ihrer Ueberspitz<sup>t</sup>heit, sondern auch deshalb, weil sie einen andern Tragbalken vorschlug, den das Z.K. abgelehnt hat, nämlich: sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in grossem Masstab durch Staat, Land und Gemeinde (Ausbau der Wasserkräfte und Elektrifizierung der Eisenbahnen, Bodenverbesserung, Wohnungsbau, Freihafen, von Wien, Bahn und Strassenbau) sowie Verdichtung des Wirtschaftsverkehres mit der inmitten der Weltkrise des Kapitalismus aufsteigenden Sowjet-Union. Beschaffung der für diese öffentlichen Arbeiten und für die Kräftigung des Wirtschaftsverkehrs mit der Sowjet-Union nötigen Mitteln: durch entschädigungslose Enteignung des den Mitgliedern des kaiserlichen Hauses noch verbliebenen grossen Vermögens (rund 200 Millionen Goldkronen) sowie durch entschädigungslose Enteignung des sich auf eine Milliarde Goldkronen belaufenden Vermögens der Kirche (der katholischen, evangelischen und jüdischen), soweit es zum Gottesdienst nicht unbedingt notwendig ist. <sup>o</sup>Die wirtschaftliche Wirkung wäre diese: diese öffentlichen Arbeiten würden für ein bis zwei Jahre der Industrie

Absatz, dem Grossteil, sicher zwei Drittel der Arbeitslosen Arbeit und Verdienst bringen, ihre Kaufkraft und damit wieder den inneren Absatzmarkt für Industrie und Agrarprodukte bedeutend stärken. Der verdichtete Wirtschaftsverkehr mit der Sowjet-Union würde die Absatz und Arbeitsmöglichkeit noch erhöhen. Die Herabsetzung des Zinsfusses der Nationalbank und der Bankkonditionen würde die Produktionskosten senken und den Absatz ins Ausland erleichtern. Die Bodenverbesserung würden die Produktion der österreichischen Landwirtschaft bedeutend heben, eine Wirkung, die durch planmässig ~~am~~ geführte Zusammenlegung noch verstärkt werden würde. Für den so erhöhten Produktionsertrag wäre mit der gehobenen Kaufkraft der werktätigen Massen das Absatzgebiet gesichert. Durch den Ausbau der Wasserkräfte, durch die Elektrifizierung der Bahnen würde die Kohleneinfuhr, durch die Bodenverbesserung und Zusammenlegung würde die Lebensmittelaufuhr wesentlich verringert werden, die Handel - und Zahlungsbilanz würde so verbessert werden. Zugleich würden die Ausgaben der Arbeitslosenunterstützung wesentlich vermindert, das Budget würde so entlastet werden. Zu diesen Massnahmen schlug die Opposition noch vor : Beseitigung der auf den Massen lastenden Steuern aller Art, insbesondere der Warenumsatzsteuer. Für die darüber hinaus notwendige Verbesserung der Lage der <sup>e)</sup>verwendeten Massen, müsste, die finanziellen Mitteln beschaffen werden durch schärfere progressive Besteuerung der Stadt- und Dorfkapitalisten, und durch Beseitigung der Kongrua. Einstellung aller Art von Ueberstunden und gleichzeitige Erhöhung der Reallöhne usw. usw. usw.

Zur Begründung führte die Opposition an : Dieses Notstandsprogramm ist beileibe nicht kommunistisch. Es bewegt sich durchaus im Rahmen der bürgerlichen Ordnung. Es wäre eine Linderung der Krise nicht auf Kosten der Kapitalistenklasse, sondern auf Kosten nur kleiner besonders schmarozzerhaften Teile der Bourgeoisie, der Habsburger Nichtsteuerung der 30.000 Pfaffen, mit denen Oesterreich gesegnet ist. Was Josef II. im Stande war, kann auch die Kapitalistenrepublik. Das Z.K. war anderer Meinung, es lehnte diesen Antrag der Opposition ab: die Enteignung der Habsburger würde nichts einbringen, (200 Millionen Goldkronen waren dem Z.K. zu wenig) und die Enteignung des Kirchenvermögens, - das sei -- hyperradikal! 3 Tage später gaben den <sup>e)</sup>österreichischen Ultrlinken die Menschewiki in Mexiko die Antwort. Das ~~Ultralinke~~ österreichische Z.K. begnügte sich mit der reformistischen Lösung "Progressive Besteuerung" der Kirchen und Klö-

ster" und hielt an ihre fest trotz Mexiko bis Ende April ! Die weitere Geschichte dieser Losung ist bekannt : Uebernahme der Losung der Opposition hinter dem Rücken der Mitgliedschaft.

Die taktische Linie der Wirtschaftsforderungen in ihrer Gesamtheit.

Welche Taktik hat das Z.K. mit den Wirtschaftsforderungen in ihrer Gesamtheit befolgt ? Wir haben schon gehört, dass das Z.K. den Antrag die Wirtschaftsforderung als ~~Antrag~~ <sup>erinn</sup> Aufruf an die Massen zu richten und damit zur Einleitung und Führung einer grossen Massenkampagne in die Massen zu gehen, ~~abgelehnt~~ <sup>abgelehnt</sup> hat. Das Z.K. hat sich damit begnügt, diese Forderungen in der Kanzlei der Arbeitskammer zu Händen des sozialdemokratischen Kammervorstandes niederzulegen. Sodann hat das Z.K. geschlafen und geschnarcht, ist nicht in die Massen gegangen, hat die Massen nicht aufgerüttelt. Nachdem so zehn Wochen verflossen waren, geruhte der Kammervorstand beschliessen zu lassen, die Kammer möge die weitere ~~Handlung~~ <sup>Handlung</sup> der kommunistischen Forderungen ihm überlassen. Worauf die Forderungen in den Papierkorb wanderten, worauf das Z.K. weiterschlopf und <sup>weiter</sup> schnarchte und die Massen ihrem Schicksal überliess. Diese Taktik des Z.K. ist eine der schwersten Rechtsabweichung<sup>en</sup> ~~darstellen~~.

~~Wir~~ <sup>wir</sup> nehmen aber an, das Z.K. wäre mit seinen Wirtschaftsforderungen vom 7. Feber tatsächlich in die Massen gegangen ? Hätte es damit <sup>a</sup> Anklang gefunden ? Hätte es damit eine Massenbewegung hervorrufen und entfalten können ? Die Opposition sagte darauf schon bei der Beratung im Jänner : N e i n ! Einzelne Forderungen des Z.K. waren zwar so, dass sie dem Bedürfnissen der Massen entsprachen, viele freilich waren überspitzt, und vor allem als g a n z e s i n i h r e r G e s a m t h e i t waren die Forderungen des Z.K. überspitzt, so geartet, dass die Massen bei der gegebenen Lage dafür zu kämpfen nicht bereit, zum Kampfe dafür nicht zu haben waren. Die Opposition verlangte die Anwendung der Einheitsfronttaktik und zwar in folgender Weise : Aufruf der Partei in die Massen. Nur proletarische Sanierung kann Oesterreich aus dieser Krise führen, sie ist zu verwirklichen nur durch die proletarische Revolution, durch die proletarische Diktatur. Im Rahmen der kapitalistischen Ordnung ist eine wirkliche Ueberwindung dieser Wirtschaftskrise unmöglich. Dennoch aber ist es im Rahmen dieses österreichischen Kapitals möglich beträchtliche Erleichterungen zu ~~schaffen~~ <sup>schaffen</sup> durch Eröffnung grosser Absatz- und Arbeitsmöglichkeit, durch

bedeutende Steigerung der Massenkaufkraft, die ja wiederum Steigerung der Absatzmöglichkeit bedeutet. Der konkrete Weg dazu unter den gegebenen Bedingungen in Oest<sup>r</sup>reich ~~den~~ Massen zeigen durch Aufstellung eines diesen Bedingungen angepassten Notstandsprogrammes der Werktätigen. (Was die Opposition als Hauptinhalt des Notstandsprogramms vorgeschlagen hatte wurde an andere~~r~~ Stelle schon skizziert.) Schärfste Kritik des sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramms: Es enthält einige Massregeln, die wir billigen (z.B. Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten durch öffentliche Arbeiten, durch Verdichtung des Wirtschaftsverkehrs mit der Sowjet-Union, durch Herabsetzung des Zinsfusses, Bodenzusammenlegung, Mieterschutz, Wiederherstellung des Wohnungsanforderungs - Gesetzes, Alter<sup>o</sup> und Invaliditätsversicherung.) Aber sein tragender Hauptgedanke ist die Schaffung von Arbeits- und Absatzmöglichkeiten auf Kosten der Werktätigen ( z.B. durch Subventionierung der Industrie mittels Beschäftigungsprämien aufgebracht durch Belastung der Massen ; durch Erhöhung von Zöllen bis auf 150%, die ebenfalls durchwegs die Massen treffen; durch Verlängerung der Schulpflicht auf Kosten der proletarischen Eltern, die um ein bis 1½ Jahre länger ihre Kinder erhalten sollen. Dass auch die Besitzenden zur Mehrbelastung herangezogen werden, ist nur Schein (Denn diese Mehrbelastung wird von~~n~~ den Besitzenden zum allergrössten Teile auf die Massen abgewälzt). Das sozialdemokratische Wirtschaftsprogramm ist also weit hinter dem Notstandsprogramm der Werktätigen zurück, da jedoch derzeit die Massen Vertrauen zur S.P. haben, zur K.P. aber fast kein Vertrauen, ~~haben~~ so schlug die Opposition, damit die Partei erst einmal wieder an die wirklichen breiten Massen herankomme~~x~~, so dass die Massen sie anhören, und hören, folgende Taktik vor : die Partei stellt ihre Wirtschaftsforderungen vor die Massen und wirbt, regitiert dafür unter ihnen. Was die unmittelbare Aktion betrifft, ist die K.P. bereit mit den sozialdemokratischen Arbeitern eine Einheitsfront des Kampfes zu bilden für alles was in sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramm des Proletariat gut ist <sup>Punkte</sup> ~~und der~~ Aufrechterhaltung der Kritik an allem was im sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramm für das Proletariat schlecht ist. Konkreter formuliert: die K.P. wird mit den~~x~~ sozialdemokratischen Arbeitern zusammen eintreten für alles was im sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramm den Massen nütz-



lich ist unter schärfster Ablehnung und Bekämpfung jeder wie immer gearteten Mehrbelastung der Massen. (z.B. Verlängerung der Schulpflicht zur Entlastung des Arbeitsmarktes: ja, aber auf Kosten der Bourgeoisie und nicht, wie es das sozialdemokratische Wirtschaftsprogramm sorgfältig verhüllend in diesen und anderen Fällen meint, unter gerechter Verteilung der Lasten auf allen Klassen.)

Nun, diese Taktik, die uns wirklich so weit an die Massen gebracht hätte, dass wir ihr Ohr erreicht, dass sie uns gehört hätten, diese Taktik die den vor den Massen so geschickt verhüllten Kern des sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramms enthüllt hätte, - dass nämlich die Not der Massen gelindert werden soll -- auf Kosten der Massen ("Opfer müssen alle bringen") - diese Taktik die die Massen mobilisierte hätte zum Druck auf die sozialdemokratischen Führer und die in der Praxis grell enthüllt hätte, dass die sozialdemokratischen Führer nicht bereit sind für ihre eigenen Forderungen zu kämpfen, die als richtige Einheitsfronttaktik von unten die Massen zum Kampf um die Tagesordnungen mobilisiert und in ihrer Auswirkung die Massen an die Partei, die Partei an die Massen näher herangebracht hätte, diese Taktik bezeichnete das Z.K. als -- menschewikisch und liquidatorisch! Denn es trete ein für die sozialdemokratischen Forderungen und unterstütze die Sozialdemokraten! Worauf die Opposition mit den Leninischen Worten antwortete: Diese Taktik unterstützt die sozialdemokratischen Führer so wie den Gehängten der Strick. So wie die Ultralinken im internationalen Masstabe ihren ultralinken Quatsch als links hinschwindeln, und die kommunistische Politik der Komintern als "rechts" bezeichnen, so behaupten es die österreichischen Ultralinken im österreichischen Masstab: alles was nicht Ultralink ist, ist -- rechts. In Wirklichkeit steht aber Ultralinke nicht links, sondern rechts von der kommunistischen Linie.

#### Oekonomismus oder politische Zuspitzung.?

Die österreichische S.P. bereitet sich schon seit langer<sup>m</sup> vor, einen Sprung in die Regierung zu wagen. Planmässig bereitet sie den Sprung vor, ideologisch und organisatorisch, sehr geschickt alle möglichen Illusionen verbreitend. Die offene Koalitionsregierung ist bei den Massen stark kompromittiert, dennoch muss die Partei unaufhörlich die Möglichkeit auch einer solchen ständig aufzeigen, und ihre Verderblichkeit an Hand der konkreten Erfahrungen immer wieder den Massen zum Bewusstsein bringen.

Mit noch grösserer Energie aber muss sie die versteckte Koalitions-  
politik der sozialdemokratischen Opposition vor den Massen aufzeigen,  
die nur ein Sprungbrett ist zur offenen Koalition mit der Bourgeoisie.  
Wenn es der Partei gelingen wird, die Abwehrstellung gegen jede Koali-  
tionspolitik, die die Massen auf Grund der eigenen bitteren Erfahrung  
bezo<sup>g</sup>ogen haben zu <sup>e</sup>stigen, so muss sie, um wirklich erfolgreich zu sein,  
um die Massen endgiltig aus der Gefolgschaft der S.P. Führer zu lösen,  
gegen die gefährlichste und raffinierteste Form der Koalitionspolitik,  
gegen die sozialdemokratische Alleinregierung, rechtzeitig den schärf-  
sten ideologischen Kampf führen. Riesig gross sind heute schon die Illu-  
sionen der Massen über eine solche sozialdemokratische Alleinregierung.  
Es ist eine ausserordentlich wichtige Aufgabe die Massen auf diese <sup>Fr</sup>  
Frage vorzubereiten, rechtzeitig vorzubereiten, bevor die sozialdemokra-  
tische ~~X~~ Aktion die Massenillusionen zur Sturmflut aufpeitscht.

Es ist klar ~~man~~ die K.P. wird unentwegt kämpfen für ihre Lo-  
sung der Arbeiter-und Bauernregierung d.h. der proletarischen Diktatur.  
Sie denkt nicht im Traume daran die Losung der Sozialdemokratischen  
Alleinregierung auszugeben, aber sie wird in der konkreten Situation,  
wo der Druck der Massen gegen die gröberen, sichtbaren Formen der Ko-  
alitionspolitik so stark ist, dass die Bourgeoisie die sozialdemokrat-  
ischen Führer nicht anders zur Unterstützung ihrer Herrschaft heran-  
ziehen kann, als in Form der sozialdemokratischen Alleinregierung, eine  
zweckentsprechende Taktik einschlagen. Sie wird um den Klärungsprozess  
der Massen zu erleichtern, von der sozialdemokratischen Regierung die  
Durchführung der <sup>Le</sup>benswichtigen Massnahmen zur Rettung des Proletari-  
ats fordern und von deren Erfüllung die Stellung zu ihr abhängig machen.

Wir Kommunisten wissen und sagen es den werktätigen Massen schon  
heute offen : die sozialdemokratischen Führer werden, auch wenn sie allein  
die Regierung führen werden, die alte Koalitionspolitik <sup>in</sup> neuer Form  
fortsetzen, sie werden die Regierungsmacht nicht benutzen um auf Kosten  
der Bourgeoisie das Proletariat aus der Tiefe empor zu führen, sondern  
sie werden sie benutzen, um der Bourgeoisie neue Atempausen zu schaffen  
und auf Kosten des Proletariats die Bourgeoisie über diese besondere  
Verschärfung der Wirtschaftskrise hinwegzuführen. Die Tatsachen werden  
sprechen ! Die Erfahrung, die die werktätigen Massen unter der sozial-  
demokratischen Regierung in ihrem eigenen praktischen Erleben sammeln  
werden, werden sprechen. Diese Tatsachen, die Erfahrung werden den Mas-



sen zeigen, dass es nur einen einzigen Weg gibt zur Rettung, ja auch nur zur ersten Linderung ihrer Not: die proletarische Revolution, die proletarische Diktatur. Von dieser Einstellung ausgehend hat die Opposition schon im Jänner dem Z.K. konkrete Vorschläge gemacht, Was war das Ziel der Opposition ? Die Loslösung der Massen in breiter Front von den sozialdemokratischen Führern, ihre Ueberleitung unter dem Einfluss und die Führung der K.P. und damit die wichtigste Voraussetzung vorzubereiten zur revolutionären Eroberung der Macht durch die K.P., zur Arbeiter- und Bauernregierung, die ja nichts anderes ist als ein populärer Ausdruck für die proletarische Diktatur. Das Z.K. hat den Antrag der Opposition abgelehnt. Ja, das Z.K. hat <sup>diesen</sup> ~~den~~ Antrag als menschewistisch und Liquidatorisch bezeichnet ! Denn dieses Taktik würde die S.P. unterstützen und laufe darauf hinaus, dass die K.P. in den kommenden Wahlen der S.P. ihre Stimmen geben müsse ! Worauf die Opposition wieder mit den leninistischen Worten antwortete: diese Taktik wird SP Führer unterstützen so wie der Strick den Gehängten. Die Begründung mit welcher das Z.K. diesen Antrage der Opposition abgelehnt hat, zeigt, das Z.K. auf dem Boden des parlamentarischen Kretinismus: Das ZK sagte, die Taktik der Opposition führe dazu, dass die Partei in kommenden Wahlen der SP mit ihren Stimmen helfen müsste die Mehrheit zu erobern. Dem gegenüber setzte die Opposition auseinander, dass der Massendruck, der Massenkampf das entscheidende ihrer Taktik ist, innerhalb der der Wahlkampf, der Wahlausgang nur eine Episode, die gewiss von Bedeutung aber nicht entscheidend ist. Ob die SP Führer in die Alleinregierung müssen, wird nicht dadurch entscheiden, ob sie in der Wahlen 49, 51 oder 70% oder mehr Stimmen bekommen, sondern hängt einzig und allein davon ab, ob der Druck der Massen stark genug ist, sie in der Alleinregierung zu zwingen ! Dieser bolschewistische Gedankengang ging nicht in die Hirne der parlamentarischen Kretin<sup>en</sup>, die nur die Wahlen und nichts als die Wahlen sahen. Zum Ueberfluss gab die Opposition die Erklärung ab: Welche Taktik immer die Opposition für die kommenden Wahlen vorschlagen wird, letzten Endes wird die Taktik immer so sein, dass die K.P. unter allen Umständen allein in die Wahlen gehen wird.

So argumentierte die Opposition schon im Jänner, Feber, „Heute nachdem die Diskussion zum S.P. Programmentwurf begonnen hat, muss es selbst

dem Blinden klar sein, dass der Wahlausgang nicht entscheidend ist für die Frage Koalitionsregierung oder Sozialdemokratische Alleinregierung.

Das Z.K. lehnt die Anträge der Opposition ab. Die Wirtschaftsforderungen des Z.K. aber schwiegen zur Regierungsfrage und sagten den Massen darüber kein Wort. Die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung fiel unter den Tisch. Als dann 4 Wochen später (16.VI.) die S.P. die Regierungsfrage plötzlich aufrollte, (Massendemonstrationen unter der Zentrallosung "Weg mit der wortbrüchigen <sup>Regierung</sup> ~~Regierung~~"), waren die Massen infolge des langen Schweigens der K.P. vollkommen unvorbereitet, was hinter der Losung steckt. Am Tage darauf, am 17.VI. (wieder Schwanzpolitik) begann zwar die Zentrale etwas die Sprache zu finden, aber kein Mensch aus der Masse hörte ihr zu, die S.P. konnte nach Belieben manövrieren. -- Zwei Monate später, als die S.P. Führer dieselbe Frage scheinbar nur programmatisch aufrollten, (Entwurf des S.P. Programms) nimmt das Z.K. dazu nur programmatisch und agitatorisch Stellung, nicht politisch. Der Entwurf des S.P. Programms ist nicht bloss ein Programmentwurf, sondern der Augenblick, in dem dieser Entwurf veröffentlicht wird, stempelt ihm auch zu einem politischen Akt ersten Ranges. Dieser Entwurf ist nicht <sup>weniger</sup> als der Entwurf zum Wahl -- und Regierungsprogramm, mit dem die S.P. in die Bevorstehenden Wahlen gehen und womit sie die Mehrheit erobern will. Wenn die S.P. Führer in diesen Entwurf klipp und klar sagen, was sie lange verheimlicht haben, was aber jeder Kommunist immer gewusst hat, dass sie auch dann wenn sie die Mehrheit haben werden nichts anderes wollen als die Koalitionsregierung, so genügt es nicht, dass die K.P. das registriert, <sup>e</sup>festgestellt, sondern sie muss sich und dessen Massen die Frage politisch ~~Wahlkampf~~ stellen: Was tun, um die Koalitionsregierung zu verhindern und nach welcher Richtung konkret gilt es -- immer im Kampf um die Tagesfragen, im Kampf um solche Losungen wofür die Massen wirklich bereit sind zu kämpfen -- die Dinge vorwärts zu treiben, um unserem Ziele näher zu kommen, der proletarischen Diktatur. Zu diesen Fragen bei dieser Zuspitzung der Lage -- und im Jänner, Feber war die Lage noch zugespitzter! -- nicht Stellung nehmen, diese Frage in und vor den Massen nicht aufrollen, heisst nicht nur die Partei vom Einfluss auf die Lösung dieser Probleme ausschalten, sondern sie auch im Kampfe um die aktuellen Tagesfragen schwächen. --

Es ist möglich, dass das Z.K. noch mit folgendem Argument kommt:

Die Opposition hat prognostiziert, dass wir in absehbarer Zeit für Oesterreich mit der Möglichkeit einer soz. dem. Alleinregierung zu rechnen haben. In absehbarer Zeit ! Und seit dieser Prognose sei nun viel Wasser verflossen und dennoch haben wir immer die Christlichsoziale Regierung. Darauf antwortete die Opposition dem Z.K. dasselbe, was die K.P. der S.P. über die Revolutionsprognose sagte : Ihr sozialdemokratischen Führer wollt uns händeln, weil unsere Revolutionsprognose noch nicht in Erfüllung gegangen ist. Nun es ist leider Tatsache, dass die Weltrevolution noch nicht das ist, aber es ist eben so Tatsache, dass die s o z i a l d e m o k r a t i s c h e P o l i t i k d a r a n d i e S c h u l d t r ä g t. Wenn wir in Oesterreich noch nicht die soz. dem. Alleinregierung haben, so trägt daran das vollkommene politische Versagen der K.P. die Hauptschuld. Denn, nur wenn sich die Bourgeoisie dem Massendruck gegenüber nicht stark genug fühlt, ruft sie die S.P. in die Regierung oder überlässt ihr und den noch stärkeren Massendruck durch noch grössere Illusionen abzuschwächen, die Alleinregierung. Warum hat es die Bourgeoisie nicht nötig die S.P. in die Regierung zu rufen oder ihr die Alleinregierung zu überlassen ? Weil der Massendruck noch nicht stark genug ist. Und warum ist der Massendruck noch nicht stark genug ? Etwa weil die Not zu klein ist ? Weil die S.P. passiv ist ? Gewiss, die S.P. ist passiv, aber warum kann es sich die S.P. leisten passiv zu sein ? Weil ihre linke Flanke völlig frei ist, Die Not ist gross, riesengross und dennoch sind die Massen nicht in Bewegung. Letzten Endes, weil die K.P. politisch vollkommen versagt. Und schuld daran ist das <sup>en</sup>politische Versagen des Z.K., das politisch passiv ist, Schwanz politik, Schaukel politik und ultralinke Politik überhaupt treibt. Auch die K.P. ist ein Faktor der Lage und zwar ein e n t s c h e i d e n d e r, ein entscheidender auch in Oesterreich. Sie könnte schon heute von ~~starkem~~ Einfluss sein und ist faktisch ohne Einfluss. Die S.P. ist ein starker Faktor, aber nicht die Stärke der S.P. hindert den Aufstieg der K.P., sondern das politische Versagen der K.P. ist die ~~Hauptstärke~~ Hauptstärke der S.P. und damit der Bourgeoisie. Reden wir uns nicht auf andere aus, sondern prüfen wir endlich einmal die Politik unserer Partei. Da liegt der Hase im Pfeffer. Hier gilt es den Hebel anzusetzen. Und wer ist schuld an dem Versagen der K.P. ? Schuld ist das politische Versagen der Z.K. Die Mitgliedschaft, die Funktionäre haben den besten Willen, aber das vollkommene

Versagen der politischen Führung lähmt den guten Willen. Wohl nimmt sich die Mitgliedschaft immer wieder Anlauf; wie in Kärnten, Floridsdorf, Steiermark, bald wieder anderswo, allein damit ist keine Partei vorwärts zu bringen. Dieses Stellenweise Aufflackern darf nicht hinwegtäuschen darüber, dass ohne eine politisch und organisatorisch fähige, Initiative, aktive Führung der Partei nicht vormarschieren kann.

Das Z.K. geht damit krebsen, die Opposition hat dem Z.K. ihre Auffassungen über die Wirtschaftsforderungen vorenthalten. Demgegenüber ist festzustellen: die Opposition hat in einer ausführlichen Darstellung ihren Standpunkt zur Wirtschaftskrise dem Z.K. klargelegt. Das Z.K. hat diesen Standpunkt gehört und abgelehnt. Ob die Opposition ihren Standpunkt mündlich oder schriftlich vorgebracht hat, ist Nebensache. Entscheidend ist, dass sie ihren Standpunkt vorgebracht hat und dass er vom Z.K. abgelehnt wurde.

#### Die Arbeiter-Delegierten - Kampagne.

Der Anlauf der Partei war gut. Auch bei der Auswertung hat sich das Z.K. redlich bemüht. Allein es sind Fehler unterlaufen, taktische und organisatorische, die zur Folge hatten, dass die Kampagne trotz des Interesses, dass ihr breite Schichten des Proletariats entgegenbrachten, versandet ist. Der g r u n d l e g e n d e H a u p t f e h l e r, den die Partei von Anfang bis zu Ende der Delegation-Kampagne beging, war, dass sie die D e l e g a t i o n s k a m p a g n e n u r a l s B e r i c h t s - k a m p a g n e g e f ü h r t h a t. das heisst, es wurden nur Berichte über die Sowjet-Union erstattet, ohne dass die Partei es in irgendeinem Moment verstanden hätte, diese Kampagne mit der jeweiligen aktuellen österreichischen Politik, mit dem Kampfe des österreichischen Proletariats und seine Tagessorgen lebendig zu verknüpfen. ( Die Auswertungskampagne begann im April. Da das Z.K. in den ganzen Monaten der verschärften Wirtschaftskrise vom Herbst bis zum Frühjahr vollkommen versagt hatte, war diese Verknüpfung nicht leicht, denn das Z.K. musste bei jedem Wort über Aktuelles immer wieder die Frage fürchten: Was habt ihr im Herbst, Winter, Frühjahr gegen diese wahnsinnig verschärfte Wirtschaftskrise getan?). So ist die Delegation nur dem einen Teil ihrer Aufgaben gerecht geworden: sie hat beigetragen zur Stärkung der Sympathie für die Sowjet Union, aber den Einfluss der kommunistischen Bewegung, der Komm. Partei in Oesterreich hat sie n i c h t g e s t ä r k t. Dieser Teil der Aufgabe war ebenso wichtig wie der andere.

Der zweite Fehler war dieser : Es wurde die Möglichkeit Einheitsfrontorgane und insbesondere die M ö g l i c h k e i t e i n z e n t r a l e s E i n h e i t s f r o n t o r g a n z u s c h a f f e n n i c h t a u s g e n ü t z t. Schuld daran war die g a n z f a l s c h e E i n s c h ä t z u n g d e r S. P. (Wer erinnert sich nicht an die Witzrubrik der R.F. am 1. April, wo das Z.K. als "Witz" hinaustelegraphierte: "Der Parteivorstand der S.P. hat beschlossen, die Arbeiter-Delegation, die am 3. April zurückgekehrt, zur Berichterstattung auf einer Wiener Konferenz einzuladen." So sicher verliess sich das Z.K. auf seine "witzige" Einschätzung der S.P., so ruhig und friedlich blieb das Z.K. auf dem Bärenfell liegen, bis am 17. April das eintrat, was das Z.K. nicht erwartet hatte: Der Parteivorstand der S.P. berief die Konferenz der Wiener Vertrauensmänner ein, um den Bericht der sozialdemokratischen Delegierten entgegenzunehmen. Die K.P. hatte das Nachsehen, das Z.K. war vor lauter Warten innerhalb 14 Tagen noch nicht dazugekommen, die zentrale Konferenz zur Entgegennahme des Berichtes der Delegierten einzuberufen, die es Wochen - ja monatelang vorher vorbereitet hat. Schuld daran war die Schwanzpolitik, des Z.K., die es den sozialdemokratischen Führern ermöglichte der K.P. zuvor zu kommen. Das Z.K. hat sich nachträglich verschiedene Ausreden zurechtgelegt. Zuerst sagte es, die Delegierten seien übermüdet angekommen, das Z.K. habe warten müssen, bis sie ausgerastet sind und so habe die S.P. die Möglichkeit gehabt zuvorzukommen. 15 Tage Zeit zum Ausruhen. Das roch zu sehr nach Dichtung, also kam Ausrede Nr. 2: Es seien zu wenig Adressen gesammelt worden, es sei die Gefahr gewesen, dass die Konferenz zu schwach besucht werden würde. Als die Opposition bewies, das mehrere hunderte Betriebsräte ihre Teilnahme zugesagt, da kam Ausrede Nr. 3 : die sozialdemokratischen Delegierten hätten gleich nach ihrer Ankunft abgelehnt, Ein zentrales Einheitskomitee zu bilden. Mit dieser Ausrede kam das Z.K. 3 - 4 Wochen nach Ankunft der Delegierten, 2 Wochen nachdem die soz. dem. Führer mit der bekannten Vertrauensmänner Konferenz zugekommen waren ! Wochenlang hatte man die Partei darauf eingestellt, dass nach dem Eintreffen der Delegierten als Auftakt der ganzen Auswertungskampagne eine Konferenz zusammen treten wird, die ein zentrales Einheitskomitee wählen und dass dieses zentrale Einheitskomitee dann die ganze Auswertungskampagne und die Kampagne für die proletarische Einheitsfront insbesondere für die gewerkschaftliche Einheitsfront in nati-

onalem und internationalem Masstabe führen werde, Wochenlang hatte die ganze Partei dafür Vorarbeit geleistet, wochenlang haben alle Parteimitglieder soz. dem. Betriebsräte und Vertrauensmänner bearbeitet, damit sie teilnehmen, mehrere 100 Zusagen von Sozialdemokraten lagen vor und da plötzlich kamen die sozialdemokratischen Führer vor.

Die Wirkung war eine doppelte politisch: Wären wir zuvorgekommen, dann hätten wir unsere Auffassungen in die Köpfe der soz. dem. Konferenzteilnehmer gehämmert und dadurch in die Köpfe der Arbeiter, die sie beeinflussen. Die S.P. Führer hätten sich nun erst bemühen müssen, das ~~durch~~ abzuschwächen. *Und* So kam es umgekehrt. Die S.P. Führer imprägnierten die Köpfe ihrer Vertrauensmänner und durch sie die Köpfe ihrer Arbeiter mit ihrer menschenwärtigen Auffassung und die Z.P. konnte nun nachhumpeln und versuchen, dem ~~ein~~ oder ~~per~~ anderen sozialdemokratischen Arbeiter nicht unsere Auffassungen beizubringen, sondern die sozialdemokratische die ihm über Sowjetrussland in die Köpfe gehämmert war, wieder herauszuhämmern.-----

Organisatorisch: Die Möglichkeit ein zentrales Einheitskomitee zu gründen, war dahin. Die Z.K. machte schliesslich aus der Not eine Tugend: darnach war es eine grossartige Voraussicht des Z.K., dass er die S.P. zuvorkommen liess und dass es kein einheitliches zentrales Einheitskomitee gegründet hat. Im April -- sagte das Zentralkomitee nachträglich -- wäre die Gründung eines zentralen Einheitskomitees "vorzeitig" gewesen, nicht am Anfang der Auwertungskampagne, sondern als Abschluss, als Krönung derselben, müsste die Gründung des zentralen Einheitskomitees erfolgen. Nun, damals im April war die Möglichkeit da. Sie blieb unausgenutzt. Jetzt ---- nun jetzt liegt bereits der Antrag an den sozialdemokratischen Parteitag vor, den § 2 des sozialdemokratischen Organisationsstatutes zu ändern, wonach soz. dem. Parteimitglieder sich bei Strafe des Ausschusses nur mit Zustimmung der soz. dem. Parteinstanzen an Einheitskomitees beteiligen dürfen. So grossartig war die "Voraussicht" des Z.K. (Nebenbei: dass die S.P. zu dieser Statutenänderung greift, zeigt und, welche Furcht die S.P. vor dem Mittel der Russlanddelegation hat und wie gut dieses Mittel ist ---- nämlich wenn es gut angewendet wird ---- anderseits zeigt die Tatsache, dass sich die S.P. einen solchen Schritt erlauben kann, ohne dass ein Sturm der Entrüstung durch das Proletariat geht - und das obwohl gleichzeitig der ~~Ausschluss~~ Antrag gegen die exponierten soz. dem. Mitglieder der Russland Delegation in der A.Z. veröffentlicht wurde -----



wie schlecht das Z.K. dieses Mittel angewendet hat und wie wenig es damit infolgedessen an die Massen herangekommen ist).

### Die Arbeiter Kammer - Wahlen.

Das politische Ergebnis der Arbeiterkammerwahlen in Wien und Niederösterreich (Juni 1926) ist dieses: Die S.P. verlor 15.000 Arbeiterstimmen, die ehristlichsozialen und Grossdeutschen gewannen 9.000, zu meist Arbeiterstimmen. Die K.P. hat von dem Verlust der S.P. nicht nur nicht gewonnen, sondern hat selbst 4.000 Arbeiterstimmen verloren. Die S.P. hat verloren, allein trotz zweifellos vorhandener Linksströmung in die den Massen sind diese abströmenden Massen nicht zur K.P. gegangen sondern sind nach rechts abgeströmt zur Konterrevolution oder in die Indifferenz. Die K.P. hat <sup>nicht</sup> nur nichts gewonnen, sondern hat selbst 4.000 Arbeiter zum Rechtsabwandern beigesteuert! Das ist eine sehr sehr ernste, sehr gefähr-Erscheinung, die auf das ernsteste geprüft werden muss.

Sicher wäre es taktisch klug gewesen, wenn die Partei gegenüber der Taktik der Sozialdemokratie, die nicht als Partei kandidierte, sondern als "Freie Gewerkschaft" nicht Parteilisten, sondern z.B. Namenslisten aufgestellt hätte. Aber nicht diesem taktischen Fehler ist die Schwere der Niederlage zuzuschreiben, sondern den vollkommen politischen Versagen der Partei in allen wichtigen Tagessorgen der Massen, im Herbst, Winter, Frühjahr in den Mieterschutz --, Steuer-, Zoll-, Preis-, Teuerungs- und vor allem in den Wirtschaftskrisensorgen. Die Masse der Arbeiter hat sich bei den Arbeiterkammerwahlen vor allem orientiert nach dem Verhalten der Partei in der Zeit der ärgsten Wirtschaftskrise. Da nicht nur die S.P. sondern auch die K.P. in der Wirtschaftskrise vollkommen versagt hat, die Massen vollkommen im Stiche gelassen hat, so haben viele Arbeiter einfach beiden Parteien den Rücken gekehrt, sie zogen es vor, <sup>indifferent zu bleiben,</sup> die unklarsten Elemente sind dabei bis in die ~~Reaktion~~ Reaktion hinein geströmt.

Die Arbeiterkammer-Wahlen haben schlagend bewiesen, dass das Z.K. die ganze Lage in Oesterreich falsch einschätzt. Das Z.K. sieht nur die Linksströmung. Das Z.K. übersieht, dass es ----- mitverschuldet durch das politische Versagen der K.P. --- auch eine Rechtsströmung in den Massen gibt. (Das hat dann im Juli die Arbeiterkammerwahl in Oberösterreich erhärtet, wo die S.P. wiederum einige tausend Arbeiterstimmen an die Reaktion verlor, obwohl die K.P. die durch Schlamperei vergessen hatte, die Kandidatenliste zu melden, der S.P. ihre Stimmen gab). Das Z.K. unterlässt es zu prüfen; Was sind die politischen Ursachen dieses Rechtsabströmens.

Ist daran bloss die Passivität der S.P. schuld oder ist nicht die Passivität der K.P. mitschuld ? Wer noch Zweifel hatte an der Mitschuld des Z.K., dem hat die Rechtsbewegung unter den Arbeitslosen die Augen geöffnet. Siehe die Rathhausversammlung ("Kolonien in der Heimat"), wo sich der Herrschaftslose Anarchist Pierre Ramus mit einem 1½ stündigem Referat breit machen konnte und wo auch schon der Faschist Müller (Obmann - stellvertreter) die Netze offen für Hitler auswerfen konnte (siehe R.F. vom 23.VIII.).

Das Z.K. unterlässt es zu prüfen : Was muss die K.P. politisch tun, um das Rechtsabströmen der Massen zu hindern und sie nach links unter dem Einfluss der K.P. zu bringen ? Die Antwort darauf hat die Opposition schon hundertmal gegeben: Statt Passivität -- Aktive Politik, statt Schwanzpolitik -- Initiative Politik, statt Schaukelpolitik -- konsequente Politik, statt überspitzte Lösungen -- solche Lösungen, welche die Massen verstehen und für die sie bei der gegebenen Lage wirklich bereit sind zu kämpfen.

Was aber die Linksströmung betrifft, so genügt es nicht, sie einfach festzustellen (siehe R.F. 24.VIII.), für die K.P. ist die entscheidende politische Frage : was tun, um diese Linksströmung zu stärken, vorwärts zu treiben, im revolutionären Sinne auszunützen, sie unter den Einfluss der K.P. zu bringen ? Das Z.K. stärkt nicht die Linksströmung, es treibt sie nicht nach vorwärts, es nützt sie nicht aus, Passivität, Schwanzpolitik, Schaukelpolitik, überspitzte Lösungen sind auch hier die Hauptursache, warum wir da keine Erfolge haben, warum wir nichts gewinnen, sondern sogar verlieren, sodass uns sogar Teile unserer an sich <sup>zu</sup> kleinen Einflussphäre verloren gehen und nach recht abwandern, --- das politische Versagen der Z.K. wirkt sich direkt konterrevolutionär aus. (Die steirischen Arbeiterkammerwahlen stellen den steirischen Genossen ein gutes Zeugnis aus, aber sie lassen politische Rückschlüsse nicht zu, da die Partei 1921 dort nicht <sup>di</sup>kandidiert hat, ist ein Vergleich nicht möglich.)

#### Sonstige politische Fehler.

Wir führen die hier am stärksten in die Augen springende Fehler an:

1) zum Beispiel die Taktik bei den Lohnkämpfen im Herbst 1925 (Donawitz, Steyr, Siemens & Halske) war gut, was freilich der Arbeit der Gewerkschaftsabteilung und der steirischen Genossen zuzuschreiben war, das Z.K. unterliess allerdings dann nach Abschluss die Auswertungskampagne.



2). Vollkommen versagt hat das Z.K. bei dem gewaltigen Arbeiter - Turn- und Sportfest im Juli. Das Z.K. unterliess den Versuch, die zuströmenden kommunistischen Arbeiterturner zusammenzurufen, es kam dem Z.K. gar nicht in den Sinn, dass hier die Möglichkeit war, durch gemeinsamen Vorgehen etwas zu erreichen. Erst durch die Initiative ausländischer Turngenossen erfolgte eine anarchische Zusammenberufung, leider viel zu spät. Der Unwille der ausländischen Arbeiterturner und Roten Frontkämpfer war desto grösser, als die meisten von ihnen infolge der Passivität des Z.K. von der Existenz einer K.P. in Oesterreich gar nichts erfuhren. In der Tat war in der ganzen Festwoche von der K.P. nichts zu merken. Es gab auch sonst Blamagen genug, Blamagen im Festzug, Blamagen auf dem Bahnhof, Blamagen für die kommunistischen Ordner, Blamagen für die kommunistischen Fahnen. Den Gipfel der Blamage erklimmte die R.F., die es am 13.VII. zustande brachte, auf der ersten Seite der Reichsbannerleute als Proleten zu begrüßen und sie auf der dritten Seite derselben Nummer als Spiesser und feiste Bürger zu beschimpfen.

3) Vollkommen versagte die Partei beim Riesenskandal der Zentralbank deutscher Sparkassen. 700 Milliarden aus dem Proletariat erpresster Steuergelder durch die Regierung Parteifreunden zugeschanzt! Eine grossartige Gelegenheit an die Massen heranzukommen, sie aufzurütteln gegen ihre Not und gegen das Schandregime. Was tat das Z.K.?

a) Das Z.K. liess Artikel auf Artikel in der R.F. schreiben aber ging nicht in die Masse.

b) Zwischendurch unterlief dem Z.K. der schwere Fehler in der Stellungnahme zur Graz-Köflacher Frage. Zunächst einmal behandelte das Z.K. die Frage ausser jedem Zusammenhang mit dem Zentralbankskandal. Vor allem aber nahm es Stellung für den Grossausbeuter Wutte.

c) Durch die Grösse des Skandals war hier von selbst, ohne jedes Zutun der Partei, die Regierungsfrage aufgerollt. Nur die Massen mobilisieren und durch Massendruck die Lösung der Frage vorwärts treiben in der Richtung auf unsere revolutionäre Losung hätte das Z.K. müssen. Was tat das Z.K.? Als die Untersuchungskommission ihren ersten ~~mässigen~~ aufsehenerregenden Bericht herausgab, da nahm das Z.K. das zum Anlass, zur Agitation für die - Räteorganisation! Als sie tags darauf ihren zweiten, nicht minder aufsehenerregenden Bericht herausgab, da nahm das Z.K. das zum Anlass zur Agitation gegen die -- politische Korruption der S.P.! Statt Politik

machte die Partei bloße Agitation und nahm ~~X~~ so der Partei jeden Einfluss auf den Gang der Ereignisse.

d) Schliesslich war die Sprache der Tatsachen und der Opposition dennoch zu stark und so nahm das Z.K. endlich Stellung zur Regierungsfrage. Aber wie? Täglich papageite die R.F. die Losung Arbeiter- und Bauernregierung, statt der Sache gab sie die Phrasen. Nicht mit einer einzigen Silbe wurde den Massen gesagt, was die Losung bedeutet ~~X~~.

e) Wochenlanges Drängen der Opposition vermochte das Z.K. nicht zu bewegen in die Massen zu gehen. Erst als die Massenagitation der S.P. so weit vorgeschritten war, dass selbst der Blinde sah, welche grosse Bedeutung die S.P. der Sache beimass, da erst nahm sich das Z.K. Anlauf und berief 2 Versammlungen. Schwanzpolitik.

f) Der Zentralbankskandal war der <sup>"</sup>Äussere Anstoss zur Regierungskrise.. Diesen Anstoss sah jeder, Das Z.K. aber musste das Wesen, die tiefen Ursachen der Regierungskrise aufzeigen. Statt dessen gab das Z.K. allgemeine, <sup>hinf.</sup> an der Oberfläche haltende ~~X~~ Redensarten. Der Sinn der jetzigen Regierungskrise kann sich freilich nur dem erschliessen, den den seinerzeitigen Wechsel der Seipel- zur Ramek-Regierung richtig verstanden hat. Wer erinnert sich nicht an die oberflächliche Auffassung die das Z.K. vertrat -- dieselben Leute führten damals die Partei -- als Ramek den Seipel stürzte. Monatlang hat damals das Z.K. verkündet: der Ramek - Ahner, die Heimwehrhauptide der Provinz, haben Seipel gestürzt, um die Bahn freizumachen für den "Faschisten Kurs" .....

Wie richtig hat ~~X~~ die Opposition damals die Regierungskrise analysiert! So hat, beispielweise Gen. Frey in seinem Diskussionsartikel zum 8. Parteitag geschrieben (R.F. 10. Sept. 1925): "Die Ramek-Ahner sind Vertreter des engstirnigen Provinzialismus innerhalb der Bourgeoisie, Elemente die ihre Politik nur nach dem Interesse der steierischen, salzburgischen usw. Grossbourgeoisie richten, während sich Seipel vom Gesamtinteresse des Grosskapitalisten leiten lässt. Seipel ist von der Regierung zurückgetreten, weil er diesen kurzsichtigen, partikularistischen Teil der <sup>Gross</sup> Bourgeoisie nur dadurch auf seinen Weg bringen kann, dass er ihm, ihn vorübergehend in die Regierung setzend, Gelegenheit gibt, entweder zu lernen sich nach dem grosskapitalistischen Gesamtinteresse zu richten oder sich mit seiner provinziellen Beschränktheit abzuwirtschaften. Seipel ist von der Regierung zurückgetreten, aber hinter den Kulissen hält er die wirklichen Zügel ~~X~~ weiter fest in der Hand, um je ~~X~~ne Phase vorzubereiten, wo er mit

verstärkter völlig einheitlicher Front wieder in die Regierung einrücken kann ....". Was die Opposition damals, also vor mehr als einem Jahr als das schliessliche Ergebnis vorausgesagt hat, das wird jetzt vor unseren Augen zur Wirklichkeit.

4) In der Krankenkassenkampagne gab sich die Partei redliche Mühe. Durch die Initiative einzelner Genossen gelang es gewisse Erfolge zu erzielen, obwohl das Z.K. die Kampagne fast nur auf die R.F. beschränkte.

5) Denselben Fehler, wenn auch etwas abgeschwächt, beging das Z.K. in der Kampagne für den englischen Bergarbeiterstreik, die auch fast nur in der R.F. geführt wurde, also auf dem Papier, nicht in den Massen. Indem das Z.K. die Gewerkschaftsabteilung meist ungenügend unterstützte, konnte diese Kampagne nicht so ausgenützt werden wie es möglich gewesen wäre.

#### 6) Gewerkschaftsbewegung.

Die politische taktische organisatorische Unzulänglichkeit der Zentrale wirkte sich schwer auf die Gewerkschaftsarbeit aus und hemmte vielfach die praktische Arbeit. Von der Zentrale geschah nichts Ernstes, um die Beschlüsse des 8. Parteitages "alle Kräfte der Gewerkschaftsarbeit" auch nur im bescheidensten Ausmasse durchzuführen. Die Verbindung des Z.K. mit der Gewerkschaftsarbeit war dadurch unterbunden, dass die Z.K. Mitglieder ~~der~~ in der Gewerkschaftsabteilung einfach nicht erschienen. Trotz wiederholter Aufforderung des Gewerkschaftssekretärs war es nicht möglich regelmässige Sitzungen des Pol.- und Org. Sekretärs mit dem Gewerkschaftssekretär zu erzielen. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, dass z.B. in der Provinz öffentliche Textilarbeiterversammlungen mit der Tagesordnung: die Krise in der Textilindustrie und die Forderungen der Arbeiterschaft abgehalten wurden, wobei Koplenik als Redner fungierte, ohne dass das Gewerkschaftssekretariat Kenntnis hatte, ohne dass die Gewerkschaftsabteilung zu dieser Frage Stellung nehmen konnte. Bei den Metallarbeitern ereignete sich ein noch krasserer Fall. Ein Mitglied des Z.K. (Ziegler) stellte in einer Vertrauensmännerversammlung des 16. und 17. Bezirkes Forderungen auf, die weder mit dem Gewerkschaftssekretariat noch in der Gewerkschaftsabteilung vorher durchbesprochen wurde. Diese Fälle zeigen, das völlige Versagen und die vollständige Desorganisation und Anarchie der Leitung der Partei.

Ferner~~f~~ hielt das Reichssekretariat Berichte unserer Provinzgruppen über Gewerkschaftsfragen wohlgeordnet in Mappen zurück, statt sie an die

Gewerkschaftsabteilung weiterzuleiten. Erst durch Ergenzen der Gewerkschaftsabteilung an die Provinzgruppen konnte dies festgestellt werden.

Beamtenfrage. Die Gegensätze innerhalb der reformistischen Gewerkschafter wurde von der Partei nicht ausgewertet. Der Kampf der technischen Union für die Aufnahme der Russen in die I.P.T.T. (Internationale der Post- Telephon- Telegraphen Angestellten) wurde ebensowenig beachtet, wie der Konflikt der technischen Union mit der Postangestelltengewerkschaft und das Streben Zelenkas im 25iger Ausschuss der Bundesangestellten durch ein gemeinsames Vorgehen der freigewerkschaftlichen Beamtenorganisation auszuschalten. Ohne sich einer Illusion hinzugeben über die "Linkheit" Zelenkas und seiner Gruppe, hätte man den Versuch unternehmen müssen die Gegensätze zu vertiefen und für die Revolutionierung der Gewerkschaften nutzbar zu machen. Die Vorgänge innerhalb der Beamtenbewegung und ihrer Bedeutung für die Arbeiterschaft wurde so gänzlich vernachlässigt. Bei Ausbruch der letzten Bundesbeamtenbewegung wurde ebenfalls auf jede eingehende Kritik unserer Vorgänge Verzicht geleistet.

Nicht nur, dass die R.F. am 9.X. der irrigen Meinung war, es werde gestreikt, sondern dass sie vorher die verräterischen Tendenzen der Postgewerkschaften nicht aufzeigte, ist ihr zum Vorwurf zu machen.

Ebensowenig wie Einheitfrontbestrebungen in Oesterreich, wurde die Frage des anglo-russischen Komitees richtig ausgewertet. Auf der einen Seite erzeugt man Illusionen durch die R.F. auf den anderen vermochte man nicht das Komitees als Etappe des Kampfes um die Einheitsfront zu erfassen und darzustellen.

Geschäft und Taktik. Beim Konflikt der Firma Grundstein mit ihren Arbeiten brachte das Z.K. die Bauarbeiter um jegliche Möglichkeit ~~AA~~ einer ernstlichen Agitation gegen die Reformisten, indem die R.F. wohl die Berichte der revolutionären Gipsler entgegennahm, gleichzeitig aber Annoncen des Grundstein brachte. Ein Widerspruch zwischen Wort und Tat, der schon 1911 beim Streik der Singer Nähmaschinen der Arbeiter-Zeitung vorgeworfen wurde und nun von der R.F. nachgeahmt wurde, der Hinweis in der "Wiener Neustädter Gleichheit" bedeutet einen schweren Rückschlag.

7.) Alters - und Invaliditätsversicherung. Durch Aufstellung der Forderung der Alters - und Invalidenversicherung vom 60. bzw. 55. Lebensjahre ab, hat das Z.K. nicht nur auf eine wirksame Kritik der S.P. -

Arbeiterkammer-Fraktion Verzicht geleistet, welche für das 65. bzw. 60. Lebensjahr als Beginn des Rentenbezuges der Altersversicherung eintrat. Das Z.K. hat durch die ungenügende Auswertung dieser Frage der S.P. geradezu die Mauer gemacht und bei den Arbeiterkammerwahlen sich der wirksamsten Wahlparole beraubt.

Die I.P.K. hat <sup>in</sup>Arbeitslosen über 50 Jahren der Fürsorge der Gemeinde überantwortet, und dadurch die unabweisliche Berechtigung an dieser Forderungen dargetan. Weder das Z.K. noch die Arbeiterkammerfraktion hat die Argumentation der Ketzlich-Broschüre sich zu eigen gemacht, dass einige Beamtenkategorien nach dem 35 bzw. 30 Dienstjahr pensioniert werden also dieser Zustand als beispielgebend zu dienen hätte.

#### 8.) Gemeindepolitik.

Die Wiener Gemeindepolitik ist keine blosse Wiener Frage. Und darum auch keine Frage bloss der Wiener Kommunisten. Auf die positiven Leistungen der Wiener Gemeindepolitik als Hauptbeweis für die Richtigkeit ihrer Politik überhaupt berufen sich die S.P.-Führer in ganz Österreich. Wo ein Kommunist auftritt, wenn dem sozialdemokratischen Bonzen der ihm entgegentritt, alle Argumente ausgegangen sind, beruft er sich auf die Wiener Gemeindepolitik. Darauf muss der Kommunist Antwort wissen. Nicht mit Phrasen, sondern konkret. Sonst ist er geschlagen. Ja sogar im internationalen Masstab bildet das Hauptargument für die Richtigkeit der menschwistischen Politik überhaupt die Wiener Gemeindepolitik.

Vor allem mit den positiven Leistungen der sozialdemokratischen Führer in der Wiener Gemeinde wird in die Köpfe der Arbeiter die grosse Illusion gehämmert, welche Riesenleistungen von der S.P. erst zu gewärtigen seien, bis die S.P. Führer allein in der Regierung sein würden. Aus allen diesen und noch anderen Gründen, ist es eine überaus wichtige Aufgabe, der K.P. gerade dieses Feld mit besonderer Sorgfalt und besonders konkret zu bearbeiten. Was tut das Z.K.? Es hat in Wiener Gemeindefragen überhaupt nicht eingegriffen. Niemals hat es den Zusammenhang der gesamten österreichischen Politik mit der Wiener Gemeindepolitik begriffen. Niemals auch nicht ein einziges Mal ist das Z.K. in die Massen gegangen, um ihnen die Augen zu öffnen über das wahre Wesen dieser Gemeindepolitik und sie dagegen aufzurütteln. Was das Z.K. zur Wiener-

Gemeindepolitik sagte, blieb oberflächlich begritzeltes Papier (siehe die ganze R.F.) und vor allem blieb es - Papier. Werfen wir einen Blick nach Graz, nach Klagenfurt. Wie vortrefflich verstehen es dort die Genossen, das Wesen der bolschewistischen Politik; aus der Gemeindestube heraus zu den Massen und wieder in die Gemeindestube zurück, und wieder in die Massen, eine lebendige Wechselwirkung, wo eines das andere stärkt. Da möge das Z.K. lernen. Aber wäre es imstande zu ~~lernen~~ lernen, so hätte es von Graz und Klagenfurt längst schon lernen müssen. In der Wiener Gemeindepolitik hat das Z.K. vollständig versagt.

9.) Mangel jeder politischen Konzentration. Das Z.K. stürzt sich gleichzeitig auf alle möglichen Fragen ohne sie nach ihrer Bedeutung zu werten, ohne die Kraft der Partei auf das ~~Wichtigste~~ Wichtigste zu konzentrieren. Schon infolge der mit dieser falschen Methode notwendig verbundenen Kräftezersplitterung kann die Partei auf keinem Gebiet etwas halbwegs Ordentliches leisten.

Mangel jeder organisatorischen Konzentration. Denselben Fehler begibt das Z.K. auch organisatorisch. Die Organisationen werden mit Rundschreiben bombardiert. Da sie versuchen müssen allen ~~Aufträgen~~ Aufträgen gerecht zu werden, so sind sie in der Praxis nicht in der Lage auch nur einen einzigen Auftrag des Z.K. halbwegs ordentlich durchzuführen. In vielen Organisationen herrscht und zwar mit Recht die Ueberzeugung, dass diese vielen Rundschreiben dazu dienen, der Mitgliedschaft und vor allem der Komintern Aktivität vorzutäuschen.

Der schwere Fehler der mangelnden politischen und organisatorischen Konzentrationen unterlief der Partei auch schon im vorigen Jahre. Die Opposition hat den 8. Parteitag einen diesbezüglichen Antrag vorgelegt. Das Z.K. hat davon den allgemeinen Grundsatz von der Notwendigkeit der politischen und organisatorischen Konzentration in die Thesen übernommen. Aber hat das Z.K. diesen Parteitagbeschluss durchgeführt? Keineswegs! (Wieder einmal doppelte Buchführung). Das Z.K. hat hier im Antrag der Opposition an den 8. Parteitag eine bis ins Detail ausgearbeitete Anleitung, wie politische und organisatorische Konzentration in der Praxis durchzuführen sind. Das Z.K. hat bewiesen, dass es selbst an der Hand der konkretesten, detaillirtesten Anleitung zu handeln nicht fähig ist. So steht es übrigens auch mit den Direktiven der Komintern. Das Z.K. trifft die Weisungen der K.I. mechanisch nachzuklappen wie ein Papagei,



sie in der Praxis durchzuführen, das trifft das Z.K. nicht.

### H.Blosse Agitation oder Politik ?

Gibt es Politik ohne Agitation ? Gewiss nicht. Kann die K.P. mit Agitation allein vorwärtskommen ? Gewiss nicht. Damit können wir nur eine kleine Schichte überzeugen, gewinnen, niemals aber die wirklich grossen Massen. Was ist der Unterschied zwischen Agitation und Politik ?

Bei der Agitation bemühen wir uns die Massen durch Wort, Schrift, Beispiel von der Richtigkeit unserer Auffassung zu überzeugen. Aber um die wirklich grossen Massen für den Weg der Revolution zu gewinnen, dazu gehört, dass sich die Massen von der Richtigkeit dessen, was wir ihnen sagen, in ihrem eigenen praktischen Erleben überzeugen, und immer wieder überzeugen. Das ist eine Hauptgrundlehre des Leninismus. Diese Aufgabe ist nur mit Politik zu lösen und die Agitation ist nur eines der vielen Mittel der Politik. (In der gegenwärtigen Periode ist das taktische Mittel, womit wir diese leninistische Grundlehre verwirklichen, die Einheitsfronttaktik. Das ist es überhaupt, was den tiefsten Sinn der Einheitsfronttaktik ausmacht, die Massen in ihrem eigenen praktischen Erleben von der Richtigkeit unserer Auffassung zu <sup>nur</sup> überzeugen. Nicht nur Wort, Schrift, Beispiel allein müssen wir den Massen zeigen was richtig ist, sondern wir müssen als Partei so operieren, dass die Masse in ihrer eigenen Erfahrung bestätigt findet, dass unsere Auffassung die richtige ist. Das Z.K. treibt überhaupt nicht <sup>P</sup>olitik, sondern nur Agitation.

1. Wir haben gesehen, dass das Z.K. das wichtigste taktische Mittel das wir in der gegenwärtigen Periode haben, die Taktik der Einheitsfronttaktik überhaupt nicht anzuwenden. Ueberspitzte Losungen den Massen stellen, heisst von der Einheitsfronttaktik im besten Fall mit dem Munde reden, sie aber in der Praxis nicht anwenden, <sup>negieren</sup>. Da die Einheitsfronttaktik die Taktik der gegenwärtigen Uebergangsperiode ist, so ist ~~es~~ unter den angegebenen Bedingungen ihre Nichtanwendung gleichbedeutend mit dem Verzicht auf jede Politik.

2. Die Russlandsdelegationenkampagne führte das Z.K. nur als Berichtskampagne ohne jeder Verknüpfung mit den aktuellen österreichischen Tageskämpfen also nur agitatorisch.

3. Wir haben gesehen, dass die Partei die a k t u e l l s t e n  
E r e i g n i s s e n i c h t p o l i t i s c h s o h d e r n  
n u r a g i t a t o r i s c h a u s n ü t z t e, zum Beispiel den  
Z e n t r a l b a n k s k a n d a l. Als der erste aufsehenerregende  
Bericht der Untersuchungskommission herauskam, da hat das Z.K. die Agi-  
tation zugespitzt für die ---- Räteorganisation ! (R.F. 17.IX.). Als  
der zweite aufsehenerregende Bericht herauskam, da hat das Z.K. (R.F.  
18.IX.) zugespitzt zur Agitation gegen die politische Korruption der  
S.P. ! der einfachste politische Instinkt musste dem Z.K. sagen, hier  
ist eine grossartige Gelegenheit den Massendruck zu mobilisieren, um  
in unserer Richtung die Lösung der Frage zu beeinflussen, die durch  
die Dinge selbst auf die Tagesordnung gestellt war, die Regierungs-  
frage. Als es endlich auch dem Z.K. auffiel, dass die Regierungsfrage  
auf der Tagesordnung steht, stiess das Z.K. alle Tage hintereinander  
den Ruf aus; Weg mit der Ramekregierung ! Her mit der Arbeiter - und  
Bauernregierung ! War das eine politische Antwort auf die gegebene  
Lage ? War das eine Antwort, die taktisch auch nur einen Millimeter  
weit, die Dinge in unserer Richtung vorwärtstreibt ? Der positive  
Standpunkt der Opposition braucht hier nicht wiederholt zu werden,  
dieser Standpunkt wurde bereits an anderer Stelle (Kapital d, Abschnitt  
4 zur Genüge auseinandergesetzt) Was heisst das, alle Tage hinausrufen:  
Her mit der Arbeiter-und Bauernregierung ! Ohne zu sagen, was diese  
a l l g e m e i n e Lösung in der a u g e n b l i c k l i c h e n  
L a g e i n O e s t e r e i c h k o n k r e t bedeutet ? Das heisst  
nichts anderes als: L u f t s t ö s s e machen, Stösse in die Luft,  
die wirkungslos verpuffen, Phrasen dreschen, P h r a s e n p o l i t i k.  
Die ganze Kunst des Z.K. besteht darin die a l l g e m e i n e n  
Losungen der Komintern wie ein Phonograph zu wiederholen ( P h o n o -  
g r a p h e n p o l i t i k ) oder wenn irgendwo in der Tschechoslo-  
vakei, in Deutschland, in Frankreich, in England eine Lösung auftaucht,  
die gut in die Ohren klingt, so wird sie vom Z.K. schwuppdwupp be-  
dingungslos übernommen ohne Rücksicht darauf, dass die konkrete Lage  
die konkreten Kräfteverhältnisse dort und hier grundverschieden sind.

A b e r t r e i b t d a s Z . K . w e n i g s t e n s r i c h t i g e

~~Das heisst nichts anderes als: L u f t s t ö s s e machen, Stösse  
in die Luft, die wirkungslos verpuffen, Phrasen dreschen, P h r a s e n -  
p o l i t i k. Die ganze Kunst des Z.K. besteht darin, die a l l g e -~~

*Agitation*

Nehmen wir die Losung der Arbeiter-und Bauernregierung beim Zentralbankskandal. Was tut das Z.K.? Es treibt nicht Politik, es macht nur Agitation. Gut. Aber wie agitiert es für die Arbeiter - und Bauernregierung? Versucht auch nur mit einem einzigen Wort zu sagen, was die Massen sich unter den Arbeitern - und Bauernregierung vorzustellen haben? Versucht das Z.K. auch nur mit einem einzigen Wort zuzusagen, auf welchem Wege die Massen zur Arbeiter-und Bauernregierung gelangen können usw? Keine einzige derartige Frage wird vom Zentralkomitee gestellt oder beantwortet, sondern den Massen wird einfach taglich das W o r t "Arbeiter- und Bauernregierung" hingeworfen und n i c h t s a l s d a s W o r t. Und das soll eine Agitation für die Arbeiter-und Bauernregierung sein? Ja zum Teufel, wenn der dümmste Geschäftsmann Propaganda macht für irgendeine Tinktur, so ist es das mindeste was er macht, dass er die Vorzüge seiner Tinktur dem Publikum aufzählt. Das Z.K. steht unter dem aller dümmsten Geschäftsmann. Das Z.K. gibt das W o r t "Arbeiter-und Bauernregierung" und sonst nichts. Und das nennt sich - Agitation.-

Das Z.K. treibt keine Politik, das Z.K. macht schlechte Agitation, a b e r m a c h t d a s Z. K. ü b e r h a u p t A g i t a t i o n ? ? Wenn <sup>man</sup> ~~am~~ von der Berichtskampagne der Russlandsdelegation absieht (das war eine Agitationskampagne), so kann man feststellen, dass die P a r t e i n i c h t n u r P o l i t i k n i c h t, s o n d e r n a u c h A g i t a t i o n n i c h t t r e i b t. Was heisst Agitation? Agitation heisst, unsere kommunistischen Auffassungen ü b e r d e n R a h m e n d e r P a r t e i hinauszutragen, dadurch über den Rahmen der Partei hinaus in die Herzen und Hirne der breiten Massen zu beeinflussen, ü b e r d e n R a h m e n d e r P a r t e i h i n a u s a u f d i e b r e i t e n M a s s e n w i r k e n, E i n f l u s s a u s ü b e n. Was macht das Z.K.? Das Z.K. treibt I n z u c h t: es bewegt sich i n n e r a l b d e r P a r t e i im Kreise herum - alles andere sollen die einzelnen Kommunisten machen, es bewegt sich i n n e r h a l b d e r P. bewegt sich i n n e r h a l b d e r P a r t e i h e r u m, d. h. a s Z. K. d r e h t s i c h u m s i c h s e l b s t h e r u m u n d k o m m t ü b e r d e n K r e i s d e r P a r t e i n i c h t h i n a u s. Hier stossen wir wieder auf den Grundfehler des Z.K.: P a s s i v i t ä t! Das erste, was zur Verwirklichung der Losung "heran an die Massen" nötig ist, dass die Partei in die Massen geht, das Z.K.

muss seine Furcht vor den Massen aufgeben. Das Z.K. muss aufhören passiv zu sein und zu schnarchen: die Partei braucht eine aktive, initiative, politisch denkende, politisch handelnde Führung. Es ist hoch an der Zeit!

I.) Das Ergebnis der Politik des Z.K.

Es hat sich die üble Sitte eingebürgert, dass jeder die Ergebnisse der Politik des Z.K. nüchtern prüft, vom Z.K. als "Defaitist" verdächtigt und beschimpft wird. Zugleich hat das Z.K. folgende bequeme Theorie aufgestellt: nicht die schlechte ~~Politik~~ Politik des Z.K. hemmt den Vormarsch der Partei, sondern jene, die die schlechte Politik des Z.K. kritisieren, "Nörgler". Diese "Nörgler" haben immer in allen Fragen der Partei positive Vorschläge gemacht. Das Z.K. hat diese Vorschläge fast alle abgelehnt. Nachträglich hat das Z.K. manche Vorschläge der Opposition übernommen (~~unter~~ z.B. die Lösung der entschädigungslosen Enteignung der Kirchenschätze und Kirchengüter, die Taktik gegenüber "Kolonien in der Heimat", die Lösung der Erhöhung der Reallöhne usw.). Allein das geschah hinter dem Rücken der Mitgliedschaft, das Z.K. verschwieg der Mitgliedschaft, dass es Vorschläge der Opposition übernimmt und hat dennoch die Opposition verdächtigt, dass sie positiv nichts zu sagen habe und dass sie in Defaitismus mache. Das Unglück war, dass das Z.K. die Vorschläge der Opposition zu spät übernahm, als das dabei praktisch noch heraus schauen konnte.

Was heisst Defaitismus? Diese Frage kann nicht so oberflächlich gestellt werden, wie das Z.K. das tut, sondern sie muss politisch gestellt werden. Defaitist ist derjenige, der mit seiner Kritik, der mit der Politik die er der Partei vorschlägt, den Kampfwillen der Partei schwächt. Man braucht nur die Frage so zu stellen, um sofort in jeder einzelnen Frage zu finden: Die Kritik der Opposition, die Politik, die die Opposition der Partei vorschlägt, stärkt den Kampfwillen der K.P., bricht diesem Kampfwillen <sup>4)</sup> besser Bahn: an Stelle der Passivität - aktive Politik, an Stelle der Schwanzpolitik / initiative Politik, an Stelle der Schaukelpolitik - konsequente Politik, an Stelle der überspitzten Losungen - <sup>für</sup> Losungen, die die Massen Verständnis haben, für die sie wirklich bereit sind zu kämpfen, Losungen die der Partei den Weg öffnen zu den grossen Massen. Die Politik der Opposition ist vom Kampfwillen getragen und stärkt den Kampfwillen der Partei. Defaitistisch ist das Z.K., denn seine Politik schwächt den Kampfwillen

der Partei in jeder <sup>44</sup> einzelnen Frage und in ihrer Gesamtheit. Wenn das Z.K. aus allen Hörnern blasen lässt "es geht vorwärts! Die Mauer ist durchbrochen! Die Partei hat sich mit den breiten Massen verknüpft!" usw., wenn das Z.K. so weit geht, aufgelegte Niederlagen, wie die Arbeiterkammerwahlen in "Erfolge" umzudeuten und der Partei dadurch den Weg versperrt, aus Fehlern zu lernen, so sagt die Opposition dem gegenüber, allem Geschrei von Nörgelei und Defaitismus zum Trotz, ruhig und fest: Das höchste Parteiinteresse heischt dringend die nüchterne Prüfung der Tatsachen und Aussprechen dessen: W a s i s t ? !

~~Was~~ W a s i s t ? ! Gewiss, die Partei hat da und dort Teilerfolge erzielt. Zum Beispiel in Kärnten, und Donawitz. Es lässt sich leicht der Nachweis führen, dass diese Erfolge im wesentlichen, o h n e oder gar t r o t z des ~~Z.~~ <sup>Z.</sup> K. erzielt wurden: hätten die Donawitzer sich an die Losung des Z.K. gehalten (unmittelbar Friedensreallohn) sie hätten keinen Erfolg erzielt. Ebenso lässt sich der Nachweis führen, dass diesen Teilerfolgen zehnmal so viel Misserfolge gegenüberstehen. Aber nicht darauf kommt es an. Nicht darauf kommt es an, ob wir da und dort einen Erfolg, da oder dort einen Misserfolg hatten, sondern auf die G e s a m t b i l a n z kommt es an. Und da genügt es auf zwei Haupttatsachen hinzuweisen, die wir an anderer Stelle schon gründlich behandelt haben:

1. Das Ergebniss der Arbeiterkammerwahlen im Juni hat gezeigt, dass ~~unh~~ trotz vorhandener Linksorientierung die K.P. nicht zu gewinnen vermochte, sondern dass ein Teil der Massen nach Rechts abströmte, und dass die K.P. dazu 4000 Arbeiter, ein Drittel ihres Stimmenbestandes, beigesteuert hat.

Unsere Analyse hat bewiesen, ~~dass die Politik bewiesen~~, dass die Politik des Z.K. mitschuldig ist daran ~~unseren politischen Erfolg zu verhindern~~ dass die Linksströmung in den Massen in eine Rechtsabströmen umschlägt: Die Politik des Z.K. wirkt sich konterrevolutionär aus.

2. Die Arbeiterkammerwahlen signalisieren die Richtung der Umguppierung unter der Betriebsarbeiterschaft, bei den Arbeiterkammerwahlen wählen nur die Betriebsarbeiter. Wie steht es nun mit der Arbeitslosenbewegung ? Seit dem Umsturz stand sie durch sieben Jahre unter der unbestrittenen Führung der K.P. Heute ist sie dem Einfluss der K.P. völlig entglitten.

- - 45

Mehr noch. Das Z.K. hat so unglücklich operiert, dass breite Teile der Arbeitslosen von einem Projektmacher bis zur Misstrauensdrohung gegen die K.P. fortgerissen werden konnten (Rathausversammlung der Arbeitslosen 18.V.) und dass Teile davon schliesslich unter den Einfluss von Anarchisten ja sogar Hakenkreuzlern geraten sind. (R.F. 23.IX.) Bericht über die Arbeitslosenversammlung im Rathaus). Also auch hier, obwohl die Arbeitslosen nur eine Verschlechterung ihrer Lage vor sich sehen, obwohl jeder mit dem Wachstum der Arbeitslosigkeit rechnet, trotz der Linksströmung, die unter dem Druck dieser Tatsachen in der Masse der Arbeitslosen ~~noch~~ vorhanden ist, sehen wir auch hier nicht ein Steigen sondern ein Sinken des Einflusses der K.P., ja sogar ein Rechtsabströmen der Arbeitslosen bis hinein in das Lager der ~~Kommunisten~~ Konterrevolution.

Die Gesamtbilanz lautet also: trotz vorhandener Rückströmung in der Masse der Betriebsarbeiter und in der Masse der Arbeitslosen, kein Steigen sondern ein Sinken des Einflusses der K.P. und ein Abströmen der Massen nach rechts zur Indifferenz oder sogar zur Konterrevolution. die Politik des Z.K. stösst die Massen ab, stösst sie in die Indifferenz ja bis hinein in das Lager der Gegenrevolution. Die Gesamtbilanz der Politik des Z.K. ist also mehr als politischer Bankrott, sie ist objektiver Verrat an der Revolution.

#### K. Die Parteidemokratie.

Wie kann sich eine politisch unfähige Führung am Ruder halten? Die Antwort ist einfach: Indem sie alles was die Parteidemokratie ausmacht mit Füssen tritt.

1. Kritik: (positive Kritik!) wird nicht zugelassen: wer in einer Zellen oder Bezirksversammlung, Vertrauensmänner- oder Delegiertenkonferenz eine Meinung ausspricht die von der des Z.K. abweicht, der wird als Giftmischer, Defaitist, Fraktionist vom Z.K. beschimpft. Geradezu grotesk ist folgende Methode des Z.K.: Vor der Beschlussfassung über allerwichtigste Fragen (zum Beispiel Aufstellung der Forderung zur Wirtschaftskrise) wird keine Diskussion zugelassen, nachdem jedoch diese Forderungen als offizielle Stellungnahme der Partei in der R.F. bereits veröffentlicht sind, nachdem also die Aktion eröffnet ist, da nun will das Z.K. ohne Rücksicht auf die Aktion eine Diskussion. So nach dem 7.II., wo nur die Wiener Obmännerkonferenz das verhinderte. Daraus geht nebstbei klar hervor, dass dem Z.K. die Aktion, also die politischen Ziele Wurst sind. Dass für das Z.K. massgebend ~~ist~~ ist die Frage, wie lässt sich daraus parteipolitisches Kapital schlagen.



2. Das Recht zur Stellungnahme überhaupt ist den Parteimitgliedern Konferenzdelegierten und Organisationen mechanisch genommen: es werden einfach die im Wiener Masstab statutarisch vorgesehenen Konferenzen überhaupt nicht mehr einberufen. Der Grund dafür ist einfach der, dass das Z.K. weder in der Wiener Vertrauensmännerkonferenz noch in der Wiener Delegiertenkonferenz noch in der Wiener Obmännerkonferenz die Mehrheit hat.

3. Von einer freien Wahl der Funktionäre ist keine Rede mehr. Wo eine Bezirksleitung die Politik des Z.K. kritisiert, wird sie "geköpft" oder einfach in ihrer Gesamtheit angesetzt und durch eine vom Z.K. eingesetzte Komitee ersetzt. (Wien-Ottakring, Wien-Brigittenau) Das wird solange fortgesetzt bis eine dem Z.K. genehme Bezirksleitung da ist oder bis der Bezirk zerschlagen ist. (Wien - Ottakring)

4. Die wahrheitsgemässe Information der Mitgliedschaft über die wichtigsten Vorgänge bei den Bruderparteien, vor allem aber die ordnungsgemässe Berichterstattung über die Beratungen und Beschlüsse der Komintern gehören mit zur Parteidemokratie. Das Z.K. hat über die Beratungen und Beschlüsse der erweiterten Exekutive der Komintern von Frühjahr 1926 so berichtet, dass alle entscheidenden Stellen über die Frage der Fehler in der Anwendung der Einheitsfronttaktik und über die Parteidemokratie einfach unterdrückt wurden. Die entscheidenden Beschlüsse der erweiterten Exekutive wurden überhaupt nicht veröffentlicht.

5. Die weitaus wichtigste Frage der Parteidemokratie aber ist in einer K.P. die wahrheitsgemässe Berichterstattung an die Komintern. Wenn die K.P. der Komintern nicht wahrheitsgemäss berichtet ~~dann ist die Komintern nicht wahrheitsgemäss berichtet~~, dann ist die Komintern gar nicht in der Lage sich ein richtiges Urteil zu bilden. Es besteht der begründete Verdacht, ja es besteht beinahe die volle Gewissheit, dass das Z.K. in seinen politischen organisatorischen und finanziellen Berichten die Komintern nicht wahrheitsgemäss informiert, wie sie auch die Mitgliedschaft politisch organisatorisch und finanziell nicht wahrheitsgemäss informiert (z.B. Identifizierung der österreichischen Opposition mit der deutschen; die Meldung dass in der Wiener Vertrauensmännerkonferenz, das Abstimmungsergebniss 486 zu 11 gewesen sei, während es 92 zu 81 gewesen ist usw.) Die Opposition fordert, dass ein <sup>vor</sup>unabhängiges Forum alle Berichte der Partei an die K.I., die politischen, organisatorischen aber auch die finanziellen unter dem Gesichtspunkt überprüft, ob das Z.K. der K.I. wahrheitsgemäss

berichtet.

47

6. In der letzten Zeit versuchte das Z.K. den Dreh, es habe die Parteidemokratie dadurch gefördert, dass es die Selbsttätigkeit, die Initiative die Aktivität der Mitglieder gehoben habe. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Wenn das Z.K. sagt: blickt in die Provinz dort gehts, dort wird eben nicht fraktioniert so antwortet die Opposition: je weiter vom Z.K. die Organisationen liegen, desto besser geht es (Steiermark und Kärnten) je grösser die Nähe, des Z.K. desto schlechter geht es (Oberösterreich, Niederösterreich, Wien).

"Das System des demokratischen Zentralismus erfordert, dass nicht nur von oben nach unten Anweisungen erfolgen und die Führung das Leben der Partei regelt, sondern dass auch von unten nach oben die freie <sup>„o</sup> ~~Ausse-~~ <sup>ung</sup> der Stimme und des Willens der gesamten Masse der Parteimitgliedschaft hinaufdringt. Der demokratische Zentralismus ist nicht nur Disziplin, sondern Disziplin plus wirkliche Wahl der führenden Organe, Freiheit der Erörterung im Rahmen der Partei aller die Mitgliedschaft bewegenden Fragen (mit Ausnahme jener Fälle in denen die Partei auf Grund bereits gefällter Entscheidung zu unmittelbaren Aktion schreitet) und wirkliche individuelle Aktivität der Durchschnittsmitglieder unserer Partei ..... Dieser Beschluss muss voll und ganz verwirklicht werden."

So lautet der Beschluss der Erweiterten Exekutive über die Parteidemokratie. Das Z.K. hat diesen Beschluss nicht veröffentlicht. Mehr noch, Es tritt ihn jeden Tag mit Füßen. Wir haben das Gegenteil von Parteidemokratie, der Geist der Partei ist gelähmt, das politische Leben, das politische Denken in der Partei ist erstickt. Die Frage der Parteidemokratie ist sicher eine Frage auch des einzelnen Mitgliedes und jeder Teilorganisation der Partei. vor allem aber ist sie eine Frage der Partei. Es gibt keine absolute Parteidemokratie, ihr ~~Ausmass~~ <sup>Mass</sup> richtet sich nach der Lage. In besonders gefährlichen Situationen muss die Parteidemokratie eingeschränkt werden, zum Beispiel im Bürgerkrieg. Aber in völlig legalen Verhältnissen, wie sie die österreichische Partei jetzt hat, die Parteidemokratie ~~einschränken~~, heisst der Partei die kollektive Arbeit der Partei unterbänden und ihr die Luft nehmen in der sie atmet. Die vollständige Unterdrückung der Parteidemokratie weckt den Fraktionsgeist. ~~Für die~~ Für die Parteidemokratie im Rahmen der Beschlüsse der K.J. kämpfen heisst den Fraktionsgeist ~~zu~~ überwinden.

L. Doppelte Buchführung des Z.K.

Gegenüber der Komintern: Die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive hat das Z.K. begeistert begrüßt mit dem Mund (so die Beschlüsse über die Einheitsfronttaktik und über die Parteidemokratie), in der Praxis trat und tritt das Z.K. diese Beschlüsse mit den Füßen.

Gegenüber der Partei: ~~man~~ z.B. wurde auf dem achten Parteitag die Schwanzpolitik ausdrücklich verurteilt (über Antrag derselben Leute die jetzt im Z.K. sitzen) und als eine Hauptursache des politischen Versagens der Partei mit Recht festgestellt (Siehe die politischen Thesen des achten Parteitages). Also mit dem Mund Verurteilung ----- in der Praxis hat das Z.K. nichts getrieben als Schwanzpolitik, ausser in den Fällen wo es einfach gar nichts gemacht hat.

M. Prinzipienlosigkeit.

Die Hauptfehler des Z.K. sind Passivität beziehungsweise Schwanzpolitik und Einheitsfronttaktik von oben ohne Massendruck-Entfaltung: Lauter *Daselbe Z.K. begibt aber gleichzeitig den typisch ultralinken Fehler* typisch rechte Fehler der Aufstellung hyperradikaler Lösungen. So in letzter Zeit die Lösung des Sechsturentages. So nebenbei wurde in derselben Nummer der R.F., nämlich am 20.VIII., die Lösung des Sechsturentages aufgestellt und auf einer anderen Seite derselben Nummer die Lösung des Achtsturentages, eine Schaukelpolitik die sich sehen lassen kann.

N. Allgemeine politische Charakteristik des Z.K. Diese, prinzipienlose Gemengel rechter und linker Abweichungen, wobei die hyperradikalen Lösungen nur Phrasen sind welche die Passivität verdecken sollen, sind das typische Charakteristiken des ultralinken Menschewismus. Und auch das trifft beim Z.K. zu wie bei allen anderen ultralinken Menschewiken: dass es die Parteidemokratie mit Füßen tritt desto fleissiger aber doppelte Buchführung treibt (man lese in der R.F. vom 18.IX., die Stellungnahme des Z.K. Vorsitzenden in der Metallarbeiterkonferenz des XVI. und XVII. Bezirkes. Das Allheilmittel zur Lösung der Krise ist ihm der Sechsturentag - wie radikal! - aber wie der unrechteste austromarxistische Menschewik sagt dann Ziegler der Sechsturentag könne aber selbstverständlich nur im internationalen Masstabe durchgeführt werden. Revolution ja, Diktatur ja, ----- aber das lässt sich nur im internationalen Masstab durchführen! Bisher haben wir das nur von Bauer, Domes und Konsorten gehört --- jetzt hören wir es auch von Ziegler. Auch von Ziegler, dem Vorsitzenden des ultralinken Z.K.

- 10 -

O. Die Stellung zur K.P., S.U., und K.P.D.

Auch hier volle Verwandtschaft des Z.K. mit den ultralinken Menschewiken. Freilich können ~~sich die~~ ~~nachher~~ ultralinken Menschewiken in Oesterreich nicht leisten so offen aufzutreten wie zum Beispiel ihre Gesinnungsfreunde in Deutschland. Schon 1924/ 1925 gehörten die Hauptmacher des Z.K. Fiala und Koplenig der Sinowjewfraktion an. Die Verbindung ging durch <sup>H. Karl</sup> Frank über Guralski, Später ging die Verbindung von Peter einerseits zur Ruth Fischer andererseits direkt nach Moskau zu Heinz Neumann. Auch mit Remmele hing diese Fraktion zusammen. Insbesondere aber mit Neurath. Neurath war es, der die Fiala und Koplenik emporgehoben und über ihn die Hand behalten hat, derselbe Neurath der jetzt wegen internationaler Fraktionstätigkeit in Untersuchung steht. Die Beweise über die internationale Fraktionstätigkeit der Fiala Koplenik und Genossen sind in dem Briefe der ausgeschlossenen Genossen Barborik, Beran, Stift so erschöpfend aufgezählt unter Berufung auf Dokumente, dass das Z.K. es nicht gewagt hat, auch nur eine einzige dieser Tatsachen zu bestreiten (Sitzungen in der I.A.H. in der Nacht, Teilnehmer mit Autos hin und zurückgeführt, Finanzierung durch Ruth Fischer, täglich telephonische Verbindung mit Ruth Fischer, Fraktionsdisziplin über Parteidisziplin, Bedingungslose Unterstützung Sinowjew). Das Einzige was das Z.K. gewagt hat zu behaupten war, dass diese internationale Fraktionstätigkeit von dem achten Parteitag liege (R.F. 14. IX.). Aber kann ein österreichischer Parteitag von internationaler Fraktionstätigkeit freisprechen? Und wenn es sich nur um österreichische Fraktionstätigkeit handeln würde, woher nehmen die Leute, die zugeben vor dem Parteitag fraktioniert zu haben und die dabei auch in Flagranten erwischt wurden (Goldene Kugel, anwesend Koplenig, Schorr Weiserer, Fally Baral usw.) den moralischen Mut der Mitgliedschaft vorzulügen, sie, ausgerechnet sie seien - gegen das Fraktionieren ..... ??! Aber, ~~und~~ und das werden wir nun in nachfolgenden beweisen, die internationale Fraktionstätigkeit der Fiala, Koplenig und Genossen hatte auch nach dem achten Parteitag weiter gedauert :

1. vor Zeugen hat sich Fiala und sein Adlatus Bergmann gerühmt, dass Fiala nach dem Parteitag ein eigenhändiges Privatschreiben Sinowjews erhalten ~~habe~~ habe, worin ihm dieser zu seinem persönlichen Vertrauensmann in Oesterreich ernannt hat. Dieser Brief muss dem Z.K. der K.P.S.U.: vorgelegt werden.

2. Auf der Erweiterten Exekutive im Frühjahr 1926 hat Fiala in allen Fragen mit Sinowjew gestimmt. Das muss aus dem Protokoll der Erweiterten Exekutive ersichtlich sein. Fiala war fraktionell verpflichtet, Sinowjew bedingungslos zu unterstützen. Fiala hat seine Verpflichtung gehalten. Das Protokoll der Erweiterten Exekutive beweist das.

3. Die Berichterstattung über die Erweiterte Exekutive. Gerade das was einen Hauptsinn der Erweiterten Exekutive vom Frühjahr 1926 ausmachte, die Beschlüsse über die Einheitsfronttaktik und die Parteidemokratie, die von der R.K.P. Sinowjew aufgezwungen werden mussten, hat das Z.K. in der R.F. unterschlagen. Das Z.K. hat dann dieselben Beschlüsse mit dem Mund "begrüsst", sie aber in der Praxis mit Füßen getreten und tritt sie auch heute noch weiter mit Füßen.

4. Uebersichtlich auffallend ist das Verhalten des Z.K. gegenüber der Opposition in Russland und in Deutschland. Die politischen Gründe warum die R.K.P. gegen die Opposition in Russland und das Z.K. der K.P.D. gegen die deutsche Opposition vorgeht werden übergangen oder nur oberflächlich angedeutet. Dem Z.K. geht es nicht um den Kampf gegen die antibolschewistische Ideologie der Ultralinken (begreiflich: denn <sup>das</sup> Z.K. selbst ist von dieser ultralinken Ideologie durchsetzt und geleitet), sondern das Z.K. hat Interesse nur für die eine Frage wie es aus all dem Kapital parteipolitisch schlagen könne gegen die Opposition in Oesterreich, die aber nicht ultralinks ist sondern auf der Linie der K.J. steht, auf der Linie der K.P.S.U. und der K.P.D. und alles Ultralinkstum bekämpft im Ausland und ----- in Oesterreich.

Die Taktik des Z.K. in dieser Frage ist: äusserlich registriert das Z.K. gegen die russische und deutsche Opposition mit dem Mund, in der Praxis fördert es sie und zwar einerseits indem es dem politischen Charakter dieser Oppositionen nicht behandelt, vor allem aber dadurch, dass es die Opposition in Oesterreich die auf der Linie der K.I. der K.P.S.U. und der K.P.D. mit allen Mitteln <sup>zu</sup> niederkämpfen, dass heisst indem es die einzige reale Kraft die die Linie der K.I. der K.P.S.U. und der K.P.D. in Oesterreich wirklich vert<sup>2</sup>itt zu vernichten sucht. (Erst seit kurzer Zeit, nämlich seit Ankunft eines internationalen Vertreters wird der politische Charakter der russischen und deutschen Opposition etwas berührt.)

(P. Der Arbeiterpartei Vorstand.)

Unter der ~~Firma~~ eines Arbeiterpartei Vorstandes wurde das Z.K. durch die

Hebammedienste der internationalen Sinowjewfraktion zur Welt gebracht.~~man~~ Wie schaut den dieser Mechanismus aus, der sich Arbeiterpartei-<sup>Arbeiter</sup>vorstand nennt ? Führt wirklich der ~~Partei~~vorstand ~~der~~ Partei ? Keineswegs ! Die wirklichen Führer sind Bibering, Bergmann, Schlamm ~~u~~ Hexmann und Donnauer. Junge Leute die kein Mensch in der Arbeiterschaft kennt. Die nicht die geringste politische Erfahrung haben, Was aber ist der Arbeiterpartei-<sup>Arbeiter</sup>vorstand in Wirklichkeit ? Nichts als die Kulisse dieser jungen Herren. Gehts schief ---- und es geht fast immer schief- dann schieben sie die Kulisse vor und sagen der Arbeiterpartei-<sup>Arbeiter</sup>vorstand ist der Führer der Partei, es sind einfache Arbeiter, von denen die Mitglieder nicht mehr erwarten dürfen sondern Geduld haben müssen. Machen diese jungen Burschen die grössten Lumpereien, dann ~~x~~ schieben sie wieder die Kulisse vor den Arbeiterpartei-<sup>Arbeiter</sup>vorstand. Es gibt Kommunisten, die das noch nicht erkennen. Aber es gibt keinen einzigen sozialdemokratischen Arbeiter, der das nicht durchschaut. Geh zu sympathisierenden sozialdemokratischen Arbeitern und versuche sie zu gewinnen, dann hörst du überall die Antwort, zuerst machts Schluss mit der Kinderspielstube. So nennen die sozialdemokratischen Arbeiter den Arbeiterpartei-<sup>Arbeiter</sup>vorstand und was in Wirklichkeit dahinter steckt.

( R. Standrecht in der Partei. )

Das politische Versagen des Z.K. musst zur Kritik führen. Ja mehr kritische Stimmen sich erhoben, desto mehr verschärfte das Z.K. mechanisch den innerparteilichen Kurs. Es hat ihn schliesslich so gesteigert, dass man heute von einem Standrecht in der Partei sprechen muss. Aber selbst beim Standrecht wird dem Beschuldigten die Anklage mitgeteilt und ihm Gelegenheit zur Verteidigung gegeben. Heute sind wir so weit gekommen, dass das Z.K. nicht anklagte, ja dem Angeklagten gar keine Möglichkeit gibt sich zu verteidigen sondern ihn einfach herausschmeisst ( Baborik, Beran, Stift aber auch Markus ). Wo sich aber das Z.K. um Beweise bemüht, da wendet es gegen die eigenen Parteigenossen Mittel und Methoden an, die das Lumpigste sind, was man sich nur denken kann. Die Mitglieder müssen erzwingen, dass das Z.K. das Protokoll des Parteigerichtes, das gegen den Genossen Frey geführt wurde, der Mitgliedschaft zu Einsichtnahme eröffnet und sie werden Sachen sehen, die ihnen die Schampröte ins Gesicht treibt. Falsche Zeugen werden gedungen, hinter den Kulissen werden die Zeugen von einem Z.K. Mitglied bearbeitet, suggeriert, gehetzt, vorwärtsgepeitscht und schliess-



lich ~~ist~~ als Gipfelpunkt dem Parteigericht, das den Beschuldigten  
Vollkommen bewusst belügt, belügt, irreführt.

Schliesslich hatte das Z.K. sogar die Stirn in der R.F. öffentlich ankündigen zu lassen, es werde ausschliessen ohne sich um Beweis zu kümmern (Siehe R.F. vom 14. IX.) Die Partei wird sich nicht auf das Gebiet advokatorischer Alibis drängen lassen"). Und früher schon die berühmte Rede Riess, wo er erklärt hat : wir warten nicht, bis einer schreibt oder handelt und die R.F. das auch ~~ankündigt~~ angedruckt hat. (R.F. 18. oder 20. / 4.) Der Sinn ist klar: Wir das Z.K. brauchen keine Beweise, wir sind die Herren und wer uns nicht passt den schmeissen wir raus und wenns auch ein Drittel der Mitgliedschaft ist und wenns auch Arbeiter sind. So ein Z.K.-Mitglied nach dem anderen auf der Wiener Vertrauensmännerkonferenz im Mai.

Ist das ein Wunder ? Ja warum, wozu sind denn diese Leute überhaupt ins Z.K. gegangen. Riess hat es auf der Bauarbeiterkonferenz gezeigt, er hat offen gesagt, er sei nur deshalb ins Z.K. gegangen, um den T o m a n zu erledigen, und um die ( Frey, Tomann, Koritschoner) in Moskau unmöglich zu machen. Und als demselben Riess vor jener Wiener Vertrauensmännerkonferenz Gen. Frey in einer längeren Unterredung auseinander setzte, dass das Personelle unbedingt zurückgestellt werden und das Politische vorangestellt werden müsse, weil die Partei dadurch in immer grössere Gefahr komme, da hat derselbe Riess das abgelehnt und eine zweistündige persönliche Hetzrede gehalten, die nicht ein einziges politisches Wort enthielt. Riess hat keine politischen Ziele, nichts als persönlicher Hass treibt ihn. Und so wie er, so treiben auch die anderen nur persönliche Motive und nicht als persönliche Motive. Um von sich abzulenken, benützen sie die beliebte Methode ihre eigenen Motive anderen zu unterschieben.

Schon liegen folgende Genossen auf der Strecke: M a r z i : Rüge ! K o r i t s c h o n e r : Suspendierung ; P e t r o w : (ein hochinteressanter Fall !) wurde ausgeschlossen, weil er einen Bourgeois (Realitätenhändler), dessen Söhnchen, sich in der Redaktion der R.F. verirrt hat, (S c h l a m m), Häuserschieber ~~genannt~~ genannt hat. Dann wurde F r e y suspendiert ohne ~~jeden~~ jeden Beweis, unter einer Flut von Lügen. Dann M a r k u s, dann B a b o r i k B e r a n, S t i f t, Hier hat man nicht einmal mehr angeklagt und verhört, sondern einfach hinausgefeuert. Und dann nachdem sie nicht mehr Möglichkeit hatten sich zu ver-

teidigen, hat man Stift und Beran verurteilt, sie hätten der Arbeiterzeitung Material geliefert ! Was heute den dreien geschehen ist, kann morgen jedem Kommunisten geschehen.) Die Bezirksleitung XX. und XVI. wurden abgesetzt. W ö X b e r XX./XXI., der sich allerschwerste Verfehlungen hat zum Schulden kommen lassen, dessen Ausschluss die Bezirkszelle, die Bezirksleitung und Komfraktion der Lebensmittelarbeiter gefordert haben, wurde mit Handschuhen behandelt, K o p l e n i g ist sein guter Freund. F r e y wurde zunächst von der Administration enthoben, dann entthob man ihn, ohne ihm auch nur die Möglichkeit zur Verteidigung zu geben, von allen Funktionen. Dann hängte man ihm ein Verfahren an, mit dem Zwecke, ihn auszuschliessen (Verlangte das Protokoll und ihr werdet staunen, was alles in der Partei möglich ist, mit welchen Mitteln man im parteigerichtlichen Verfahren gegen Kommunisten vorgeht.) Mit direkt verbrecherischen Mitteln wird in einem solchen "Parteigericht" gearbeitet. Es ist ein Abgrund der Unmoral, der euch erstarren machen wird. Politik treffen diese Leute nicht, aber in Lumpereien sind sie die Meister. Leute aus der Zentrale laufen herum und brüsten sich~~x~~offen damit dass sie es als ihre Aufgabe betrachten, F r e y aus der Partei zu entfernen. Mit T o m a n planen die Herrschaften dasselbe, nur trauen sie sichs nicht offen zu~~s~~ sagen : zuerst F r e y, dann T o m a n lautet die Losung, damit es schmerzloser geht. Offen schreit das Z.K. hinaus : mindestens ein Drittel der Parteimitgliedschaft muss ausgeschlossen werden. Am 14./IX. schreibt die R.F. : Das Z.K. wird sich um Beweise nicht kümmern, sondern den Schnitt dort vollziehen, wo es ihr passt.

Ist es ein Wunder, dass sich die drei ausgeschlossenen Genossen Baborik, Beran Stift zur Wehr gesetzt haben ? Was sollen sie tun ? Man hat ihnen nicht gesagt, was man ihnen vorwirft. Man hat sie nicht gehört, man hat ihnen keine Möglichkeit gegeben sich zu verteidigen. Man hat sie einfach hinausgeschmissen. Was ihnen geschehen ist, kann morgen jedem Kommunisten geschehen. Das Z.K. hat auf ihr Rundschreiben nicht geantwortet. Ist es wahr, was die drei Genossen schreiben ?

Ist es wahr, dass Ziegler trotz Parteitagbeschluss und trotz Aufforderung des Kominternvertreters keine Betriebszellenzeitung herausgibt ? Ja oder nein ? ~~Ja~~ ist wahr !

Ist es wahr, dass Z i e g l e r durch lange Zeit hindurch keine Zellenversammlung einberuft und keine ordentliche Zellen-

leitung - len lässt ? J a oder nein ? ~~ist~~ <sup>ist</sup> ~~ex~~ wahr?

Ist es wahr, dass Z i e g l e r jede Verbindung mit der revolutionären Gewrtschaftsarbeit der Partei scheut ? Ja oder nein ? Es ist wahr!

~~Ist~~ <sup>Ist</sup> ~~ex~~ wahr, dass die Kommunisten bei W a r c h a - l o w s k y den Mund nicht öffnen dürfen ? Ja oder nein ? Es ist wahr !

~~Ist~~ <sup>Ist</sup> ~~ex~~ wahr, was die drei ausgeschlossenen über die Internationale Fraktionstätigkeit der F i a l a, K o p l e n i g und Genossen schreiben ? Jedes Wort ist wahr! Die R.F. selbst (14.IX.) hat es bestätigt, und sucht sich zu entschuldigen, das~~x~~ sei von dem achten Parteig gewesen. Darüber haben wir schon das Nötige an anderer Stelle geschrieben.

Und der Artikel vom 14.IX. kündigt weitere Ausschlüsse an, man nennt schon einige hervorragende Genossen aus den verschiedensten Bezirken, deren Köpfe fallen sollen.

Kann das so weitergehen ? Völlige Politische Impotenz auf der einen Seite und auf der anderen Seite das Standrecht, um sich zu behaupten. Konterrevolutionäre Politik auf der einen Seite, auf der anderen Seite Galgen, um sich dennoch zu behaupten.

Kann es so weitergehen ?